



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturschiff / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossenschaft

Zeilungspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Briefporto und Versandgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Al. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18600, Dresdner Verlagsgesellschaft / Herausgeber: Dresdner Al. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Druckstanzstrasse: Arbeiterschule Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neurom gebliebene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 DM., für Familienangelegenheiten 0,20 DM. für die Zeitungszeile anschließend an den dreisätzigen Teil einer Zeitung 1,50 DM. Anzeigen-Ablösung wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Al. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 30. Mai 1929

Nummer 123

Ein neuer Schlag gegen die Arbeitslosen

Wissells Sofort-Programm

Die bürgerliche Presse hat in den letzten Tagen den Inhalt der Novelle zum Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, die demokratisch durch das Reichsministerium vom Reichstage vorgelegt werden will, veröffentlicht. Der Vorwurf, der sicherlich über die Novelle herzlichen insortiert war, schwieg sich darüber aus und mußte erst nachträglich gegeben, daß der mitgeteilte Inhalt der Novelle im Wesentlichen richtig ist.

Die Novelle sieht eine Erhöhung des Bevölkerungsanteils der Reichsanstalt vor, in Notzonen den Versicherungsbeitrag von 5 auf 6 Prozent zu steigern. Das bedeutet eine neue Belastung der Arbeitslosenhilfe um jährlich 135 Millionen RM. Außerdem wird die Beschränkung und Aufhebung der Versicherungspflicht für eine ganze Reihe von Arbeiterkategorien angekündigt.

Mit diesem standlosen dehnbaren Paragraphen wird allen Tausenden die Unterstützung geraubt werden!

Weiter soll die Sperrfrist ausgedehnt werden, den Arbeitnehmern, die die Annahme einer ihnen zugewiesenen Arbeit verweigern, soll fortlaufend die Unterstützung gesperrt werden. Der Wortlaut der Novelle liegt noch nicht vor. Es ist aber anzunehmen, daß sie noch weitere Verschlechterungen enthält.

Im März d. J. waren 2 671 000 arbeitslos, dabei sind nicht weniger als

772 000 außerhalb der Arbeitslosenversicherung.

Die Novelle bringt noch weitere Verschlechterungen und gibt der vom Unternehmertum beherrschten Reichsanstalt die Möglichkeit, weitere Arbeitergruppen aus der Arbeitsversicherung auszuschalten.

Der Vorwurf erklärt sich mit der Novelle einverstanden. Er schreibt:

"Im Augenblick kann nur festgestellt werden, daß auch das Reichsministerium keinen anderen Ausweg aus dem durch die abnorme Arbeitslosigkeit während des letzten Winters geschaffenen Finanzschwierigkeiten sieht, als den der vorübergehenden Beitragserhöhung, auf den bereits die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hingewiesen haben. Es gibt keinen anderen Weg aus den Schwierigkeiten."

Die Erklärungen Otto Wels' auf dem Magdeburger Parteitag, daß "die Sozialdemokratie für den weiteren

Schulkindern werden aus der Arbeitslosenversicherung völlig ausgeschlossen. Lehrlinge und "nicht ständig Beschäftigte" soll ausgeschlossen. Ferner wird der Begriff der Arbeitslosigkeit in der Novelle neu umschrieben. Hinter dem Paragraphen 89 des ADGB soll ein Paragraph 88a eingefügt werden, der folgendem Inhalt lautet:

"Arbeitslos ist, wer berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt, aber vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht und auch nicht den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit, insbesondere als Landwirt oder Gewerbetreibender, erwirbt oder durch Fortführung eines vorhandenen Betriebes erwerben kann oder im Betriebe des Ehemanns, der Eltern oder Voreltern, von Abkömmlingen oder Geschwistern den gemeinsamen Lebensunterhalt miterarbeitet oder miterwerben kann."

Ausbau der Sozialpolitik kämpft", das Entrüstungstheater in der sozialdemokratischen und Gewerkschaftspresse über die Vorschläge der Unternehmer zum Abbau der Arbeitslosenversicherung, sind durch die Novelle des sozialdemokratischen Reichsministers gründlich entlarvt.

Die Bezirksvorstände des ADGB und des Ahabundes für Berlin haben am Sonnabend eine Kundgebung veranstaltet, um die "Stellung der freien Gewerkschaften im Kampf (?) um die Arbeitslosenversicherung zu unterstützen". Diese Kundgebung hat abermals den unerhörten Beifall der Arbeitslosen durch die Gewerkschaftsführer unterstrichen. Der Sekretär des ADGB, Spießl, der das Hauptreferat erhielt, erklärte, daß er "kleine Änderungen" für möglich hält. Die "kleinen Änderungen", das ist die Wissellsche Novelle.

Nicht die Gewerkschaftsbürokratie und die SPD werden den Feldzug gegen die Arbeitslosen abwehren. Im Gegenteil: die sozialdemokratischen Minister, zusammen mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sind dabei, den Erwerbslosen das letzte Stück Brot zu entreißen. Der Kampf für Brot und Arbeit kann nur von den Erwerbslosen unter Führung der Kommunistischen Partei geführt werden. In diesem Kampfe können die Erwerbslosen nur auf ihre eigene Kraft und auf die Kraft ihrer noch in den Betrieben stehenden Arbeitsbrüder rechnen.

Siegfried Rädel.

24 Prozent Stimmenzuwachs der KPD Belgien!

Genosse Jacquemotte doch gewählt

Brüssel, den 28. Mai 1929.
Die Ergebnisse der Sonntag stattgefundenen Parlamentswahlen liegen noch immer nicht endgültig vor, doch ergibt sich bisher folgendes Bild:

Gegenüber 1925 gewinnen die Kommunistische Partei 9200 Stimmen, die Katholische Partei 41 500, die Liberale Partei 64 000 und die Flämische Frontpartei 35 000 Stimmen, während die Sozialdemokratische Arbeiterpartei 13 000 Stimmen verliert. Die Anzahl der Wähler ist gegenüber 1925 um etwa 10 Prozent gestiegen.

Die Verteilung der Kommunisten ergibt voraussichtlich einen Gewinn der Liberalen Partei von 7 Sitzen und der Flämischen Frontpartei von 4 Sitzen; die Belgische Arbeiterpartei verliert 7 Sitze, die Katholische Partei verliert 2 Sitze und die Kommunistische Partei verliert 1 Sitz.

Der Stimmenzuwachs der Kommunistischen Partei Belgien beträgt etwa 21 Prozent. In Brüssel ist Genosse Jacquemotte wieder gewählt. Der Sitz in Lüttich ist an die Sozialdemokraten verloren gegangen.

Im Wahlkreis Brüssel erhielten die Kommunistische Partei 10 427 Stimmen (gegenüber 10 332 im Jahre 1925), die Belgische Arbeiterpartei 96 522 (104 032), die Katholische Partei 117 051 (105 036), die Liberale Partei 74 295 (84 403), die Frontlisten 502 Stimmen.

Die Wahlen zeigen eine Festigung des klerikal-liberalen Blocks, einen starken Rückgang der Sozialdemokratie, beträchtliche Fortschritte der Frontpartei und ein Vormärzstreiten der Kommunistischen Partei.

In Eupen und Malmedy erhielt der autonomistische Konradat mehr Stimmen als alle anderen Parteien zusammen, es scheint aber infolge der Angliederung des Wahlkreises Berviers an die Provinz Lüttich nicht als gewählt.

Arbeitslosenversicherung zu erhöhen und vorhandene Mißbräuche zu befechten. Gleichzeitig kündigte er neue Massensteuern an.

Antikommunistische u. Proklamierung des Hauptkampfes gegen den Bolschewismus bei der Eröffnung des Parteitages, Beschluss zur Fortsetzung der Panzerkreuzer- und Kriegspolitik. Annahme des sozialimperialistischen Kriegsprogramms — nach allen diesen Ergebnissen des Parteitages des Sozialstaates, konnte auch die Hebe gegen die Sowjetunion nicht fehlen. So erklärte Breitscheid im Sinne der englischen konträren Kriegsziele von der Parteitagstrieben herab:

"Will die Sowjetunion als ein Kulturstaat gelten, so muß sie sich entsprechend in ihren Beziehungen zu den anderen Staaten einstellen und nicht, wie nach der Moskauer Rede vom 1. Mai handeln."

Im gleichen Atemzug hörte Breitscheid über die Behauptung, daß ein neudeutscher Imperialismus existiere. Bei einer wirklich verantwortungsvollen Politik müsse man auch den Mut zur vorübergehenden Unpopulärität haben, selbst wenn die Arbeiterschaft die SPD-Politik zeitweilig nicht ganz verstehen würde. — So verhinderte der Staatsmann Breitscheid unter dem Beifall des Parteitages. Das ist das Bekenntnis, die diktatorische Blutpolitik der sozialdemokratischen Mörderpartei gegen die revolutionäre Arbeiterschaft nach diesem Magdeburger Parteitag mit zynischer Konsequenz fortzusetzen.

Sitzungsbericht:

Um Mittwoch wurde die Debatte über das Wehrprogramm fortgeführt.

Seegor, Döllau: Die Demokratisierung der Reichswehr sei eine Idiotie. Dünemarck sei ein Beispiel dafür, daß man trotz aufgerüttelter Nachbarn abschlafen könne. (Zurück: Deutschland ist nicht Dänemark!)

Sendemix, Jüdisch:

Von der "Verbesserung" würden die "Linken" gegen die Entwürfe stimmen. Sie lehnen jeden Krieg, wie er sich auch nennen möge, während des Kapitalismus ab. Im Zeitalter der entwidselten Technik und der internationalen wirtschaftlichen Verständigungen gäbe es keine nationalen Kriege mehr in Europa, nur noch Kriege der Koalition mehrerer Staaten gegenseitig. In allen Ländern sei in vergangenen Kriegen das Proletariat der Sieger gewesen. Ob ein Krieg ein Verteidigungs- oder ein Aggressionskrieg sei, bestimmen die stregen Generale und Diplomaten. Wenn Dittmann über den Satz, daß jeder Krieg den Charakter des herrschenden Imperialismus trage, ablehnte, so wolle er darauf hin, daß dieser Satz wörtlich aus der Brüsseler Resolution stamme, der auch Dittmann zugestimmt habe. In der Internationale sage jede Partei zur anderen: "Hannemann, geh du voran!", und so werde kein wirtschaftlicher Schritt für die Ausrüstung getan. (Sendemix ging mit seinem Wort auf die Frage der Unterstützung der imperialistischen Kriegstreiber durch den Sozialimperialismus ein. D. Red.)

Höppel, Karlsruhe: Die SPD ist die größte Partei, und gegenwärtig bestehe ein Staat, der grundlegend vom den früheren Staaten unterschieden sei. Daher auch die Stellung

Annahme des imperialistischen Wehrprogramms

Die loyale „linke“ Opposition unterliegt und flügt sich

Imperialistische Scharfmacherrede Severings / Breitscheid kündigt neue Massensteuern an

Magdeburg, den 20. Mai.
Die Mittwochssitzung des sozialdemokratischen Parteitages und im Zentrum des rüstungsfreudigen und staatenhaltenden Sozialimperialismus. Severing und Breitscheid sprachen. Das Kriegsprogramm wurde mit 244 gegen 147 Stimmen nach der Vorlage der Wehrkommission angenommen. Der Parteitag stimmte für eine positive Wehrpolitik. Man ließ noch ein paar „linke“ Diskussionsreden zu den sozialimperialistischen Sprechern zu Worte kommen. Herr Seydelwitz, der dem Parteivorsitzenden Kamerad Seydelwitz gelobt hatte, blieb treu. Er grüßt mit seinem Wort den Sozialimperialismus der SPD-Politik. Als der Breslauer Eichstein, der sich auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg berief, davon sprach, daß die deutschen Arbeiter kein Vaterland zu verteidigen hätten, entstand ein wilder Tumult unter den anwesenden vaterländischen Staatsfunktionären. Aber auch dieser Eichstein wisch den Fragen der Revolution aus.

Nach Eichsteins Rüstungsbekenntnis: „Es ist Unsinn für die Demokratie, abzurufen, während die reaktionären Staaten rütteln“, kam als nächster Sozialimperialist

Der „Meine Metallarbeiter“ Severing
in Worte. Seine Rede war eine patriotische Spiegeleistung. Er brachte die Reichswehr und ihren Groener an sein Herz und erklärte, daß die Demokratie mit dem Charakter einer soldatischen Temppe nicht vereinbar sei. Darauf kann keine Demokratie regieren, sondern nur eine Republikanisierung der Reichswehr durchgeführt werden. Der oberste Chef Eichstein, der Abwürger des Nordwestkampfes, der Mann von Eichstein, lobt ein Lob für den Geist der Jürgenspolitis

jeine Rede ein, um sodann von allen Republikanern den moralischen Kredit neben dem finanziellen für die Reichswehr zu fordern. Landesverteidigung sei eine notwendige Sache, meinte Herr Severing und begründete das mit Erinnerungen an seine Teilnahme an der Organisierung des Grenzschutzes gegen Osten in den Jahren 1920 bis 1923, dem früheren Kapitel der Förderung der schwarzen Semereichswehr.

Severing verwandte für seine Rede die leichtesten und plattesten Agitationssprüche, und je arbeiterfeindlicher seine Rede wurde, desto stärker kam der Beifall seiner Sozialfaschisten.

So applaudierte der Parteitag gerade an dem Punkt zu stimmen, wo der Staatsmann Severing über die Notwendigkeit der Regierung zum schärfsten Vor gehen gegen eine Bewaffnung des Proletariats sprach, ohne die schon vorhandene Bewaffnung des Stahlhelms und der anderen faschistischen Verbände zu erwähnen.

Herr Breitscheid

der in den letzten 2 Stunden der gestrigen Sitzung den Bericht der Reichstagsfraktion gab, trat gleich Severing als Staatsmann der deutschen Republik auf. Mit eleganter Pose und schauspielerischen Mätzchen hielt er über den Parteitag hinaus eine Rede an die Adresse der kapitalistischen Koalitionspartner der SPD. Seine Rede zeigte in klassischer Form die engste Verbundenheit der SPD-Führung mit dem Staat des Trustkapitals. Er predigte den Mut zum Taten, zur „wirtschaftlichen Verantwortung an der Politik“, die bei Koalition oder parlamentarischer Opposition die gleiche Grundlinie beibehalte.

Breitscheid verteidigt die Zulaststeuererhöhung, wie die Steuererleichterung für die Bevölkerung durch die Hilfsförderungs-Anleihe, den Rückbau des Reichswehrverbands und wandte sich gegen die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung und sprach offen die Verbesserung der SPD aus, die Beiträge zur W-

der Sozialdemokratie zu dem Staat und damit zur Reichsmehrheit. Wie es möglich doch Sozialdemokraten sich gegen Landesbank wenden. Er erwarte von diesem Parteitag eine einäugige Begehung.

Eckstein, Breslau:

Wenn Dittmann gegen den Antimilitarismus von Karl Liebknecht sich gewendet habe, dann müsse man die Frage stellen ob es nicht besser gewesen wäre vor und während des Krieges im Sinne des Antimilitarismus von Karl Liebknecht die Parteipolitik zu machen. Wir befinden uns nicht wie Dittmann behauptet, im Kapitalismus, der sich vom Sozialismus umwandelt, sondern in einer hochkapitalistischen Klassegrenzschicht. Soeben werden die Wahlen der sozialen Textilarbeiter ausgespielt, doch nicht etwa für ihre sozialistischen Interessen könnte die Reichswehr eingreifen werden. Die Reichswehr ist die schärfste Waffe des kapitalistischen Staatesstaatschaft gegen das Proletariat. (Wiederholung des Vortragenden) Hermann Müller hat in seiner Ansprache im Reichstag erklärt: „Jeder Deutschtat will auf die Reichswehr!“ Den Arbeiter möchte er stehen, der das ist. Die Arbeit nicht Klasse gegen Klasse. Wenn gehört das Vaterland? Wenn gehören die Produktionsmittel? (Zumut!) Die Arbeiter haben in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung noch immer kein Vaterland (Wiederholung Tumult) glaubten Sie, dass Siegel in Österreich oder bei uns die Reichswehr die sozialdemokratischen Errungenheiten der Arbeiterklasse gegen den Adelsherrn abnehmen wird? Mit diesen Ereignissen sei es in Sachsen nicht vorgegangen, wo der sozialdemokratische Oberbürgermeister Ehren von Einmarsch der Reichswehr nicht verhindern konnte. Wie vorstehend! — Ebert hat ihm doch angezeigt! Die Red!

Eckstein sprach darüber, zusammen mit in Wien 1927 zeigte, daß alle sozialdemokratischen beeinflussten Polizisten zunächst in den Höfen der Bourgeoisie waren und gegen die Arbeiterklasse den Rücken nahmen. Es sollte nicht auf Dittmanns Zielverwandlung in den sozialistischen Errungenheiten der Sowjetunion eingehen. In Deutschland sei jedenfalls kein Sozialismus zu verzeichnen, sondern er sei hier erst von den Mäzenen ergraben. (Tumult.) Der Feind steht im eigenen Lande. (Wiederholung bei der Meldung und Verfall des Punktens)

Eckstein sprach den Vorschlag der Röhlingsen, doch sie von der aktuellen politischen Situation ausgegangen. Die Sozialdemokratie sollte nur Gewalt zur Vertheidigung anwenden, und wiederholte, daß dadurch von den Polizeidivisionen, die mit Gewalt die Menschen gegen ihre eigene Revolution ähnlich machen wollen. In einem Lande habe die Ausrüstung keine Bedeutung. Es sei Unnötig die Demokratie abzurüsten während die realen anderen Dörfern ruhen. Eckstein versuchte dann einen eigenen Vorschlag. Die Arbeiter haben kein Vaterland! nachträglich umzuwalzen. Er sieht in der internationalen Versetzung der Weltkrieg eine höhere Friedensgarantie. Erneut weist er aus, was jetzt zuliege.

Herrz. Eckstein: Im Zeitalter der Monopolisierung und Imperialismus davon abhängende der Entwurf der Wehrkraftschaft. Im Zeitalter des Imperialismus verdeckten sich die Klassengrenzen und darum liegt die Krise der Demokratie. Geradezu Imperialistisch ist der Artikel 2 des Entwurfs, der die Freiheit der Reichswehr mit der Freiheit reaktionärer Unterwerften verbinden will. Durch die Versicherung der Siedler seien Volkskriege gar nicht mehr möglich. Das Imperialistische habe nur seine Klasseninteressen nicht die Interessen eines einzelnen Landes zu verteidigen. (Redner macht noch einige allgemeine Anmerkungen ohne die Methoden des Klassenkampfes gegen den Imperialismus zu zeigen)

Es folgt dann die Röde-Senatorius Abstimmungen

Die südlichen Pünktchen geben eine Erklärung ab, daß sie mit den Berliner Vertragsanträgen und die Jurisdiktionsregelung des Wehrprogrammvertrages an die Kommission stimmen würden. In namentlicher Abstimmung wird der Berliner Antrag auf Vertragsantrag der Wehrkraft abgelehnt. Auch Herr Roedel am Tage vorher ist an der Abstimmung der Sozialopposition beteiligt durch Abgabe einer Heimatstimme beteiligt hatte. Stimmt heute für die vorläufige Entscheidung und Annahme des Wehrprogramms. In einer weiteren namentlichen Abstimmung wurde dann der Entwurf der Wehrprogrammkommission mit 24 gegen 117 Stimmen angenommen. Damit wären also alle anderen Anträge zum Wehrprogramm erledigt.

Einigung in Paris

Aber das Resultat wird verschwiegen

Gestern ist es in Paris zu einer Einigung zwischen den Sachverständigen gekommen. Darüber gibt die deutsche Abordnung folgendes Kommunique heraus:

„Die Sachverständigen der Gläubigermächte und die deutschen Sachverständigen haben sich schon seit einiger Zeit direkt erklärt, die Auswirkungszahl von 2050 Millionen Mark, wie sie vom Vorkämpfen vorgeschlagen ist, anzunehmen, obwohl bezüglich einiger Auswirkungsziele noch Meinungsverschiedenheiten bestanden. Diese Meinungsverschiedenheiten sind jetzt gelöst, und es ist eine Auslegung, die sowohl für die Gläubiger als auch für Deutschland annehmbar ist, gefunden worden, vorbehaltlich allerdings der Einigung über die ungewöhnlichen Bedingungen, deren Entscheidung noch offen steht.“

Natürlich bedeutet diese Regelung eine Kapitulation der Deutschen, deren Umfang natürlich ehrfurchtsvoll zu sein scheint, wenn man den Inhalt der „ungläublichen Bedingungen“ erfährt. Bescheinend ist immerhin, daß nichts Konkretes über die Auslegung gefagt wird. Jetzt steht jedoch nunmehr, daß der Vouloirplan angenommen ist und am 1. September 1929 in Kraft treten soll.

Müller für Hindenburg / Gegen die SPD-Mitgliedschaft

In einigen Tagen feiert die Stadt Meißen ihre tausendjährige. Die Mehrheit im dortigen Stadtrat verordneten folgendes: zum 1000. Jahrestag der bürgerlichen Parteien abzulehnen die anlässlich dieses Jubiläums den Stahlhelmpräsident und Reichspräsidenten Hindenburg das Ehrenbürgerschaft der Stadt verleiheten wollten. Daraufhin hat jetzt Panzerkreuzer Müller und sein Koalitionsgegne, der Volksverteiler Curtius, ihre bereits zugesagte Beteiligung an der Tausendjährfeier „wegen dienstlicher Verpflichtung“ abgelehnt.

Während der Konferenz der Trustbourgeoisie es vorzieht, mit kleinen Schwinden kleinere Arbeitnehmer zu bedrängen — in Wirklichkeit hat der Vorsitz der Stadtratvertreter ihn in seiner Sicht in Hindenburg nie ernannt — war die südliche Bürgerblätterzeitung viel ehrlicher. Da der nachdrückliche Absehung der Teilnahme an der Feier erklärt sie ausdrücklich:

„dass sie nicht in der Lage wäre, an der Feier der Stadt teilzunehmen, die dem höchsten Repräsentanten des Reiches die Ehre eines Ehrenbürgers glaubt verliehen zu müssen.“

Müller sieht Otto Hindenburg keinen eigenen Parteigenossen vor. Schon einmal hat derselbe Müller anlässlich der Panzerkreuzerrede erklärt, daß er trotz aller Parteischlüsse tun und lassen wird, was er für richtig hält. Der Magdeburger Parteitag hat jetzt ausdrücklich um der Ministerpräsidenten willen die Aufnahme Müllers bestätigt und den sozialdemokratischen Ministern die Freiheit gegeben, sich jederzeit bei Abstimmungen in Gegenwart der SPD-Reichstagsfraktion in hellen Merken die sozialdemokratischen Arbeiter immer noch nicht, wie sie von ihren Ältesten im Interesse der Bourgeoisie an der Rose herumgeführt werden.“

Die südliche Regierung übertrumpft natürlich noch ein wenig Herrn Müller. In einem an Hindenburg gerichteten Telegramm heißt es im Stile üblicher Liebediener:

„...untergeffen wird im deutschen Volk bleiben, daß Sie sich auch nach dem Zusammenbruch unserem Vaterland zur Ver-

Bor der Verbindlichkeitserklärung des Eisenbahner-Schiedsspruches

Annahme des Schiedsspruches durch die Eisenbahner beschlossen / Reichsbahnhauperverwaltung lehnt endgültig ab / Dörpmüller schüttet 7 Prozent Dividende aus / Neue Tarif erhöhung geplant

Die gemeinsame Tagung der Vorstände der Eisenbahnergewerkschaften vom 28. Mai hat beschlossen, den Schiedsspruch für die Eisenbahnerlohnarbeiter anzunehmen. Auch die südliche Bevölkerung lagte Konferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner, die am Dienstag in Dresden tagte, sah den Beschluss, die Annahme des Schiedsspruches zu vertreten.

Die südliche Bevölkerungskonferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner war es, die vor Wochen fast alle 2 Tage einen Streikdeutschland sah, um zu dem Zweck, die erregte Stimme der Eisenbahner zu dämpfen. In dem jetzt gefassten Beschuß wird erklärt, daß man nur „schweren Herzens“ dem Schiedsspruch die Zustimmung gebe und daß man die „bestimmte Erwartung“ ausstreiche, daß eine zwangsweise Lohnregelung während der Laufzeit des Lohnabkommen noch erfolgt. Das Doppelspiel wird weiter getrieben. Die Eisenbahner sind ob dieser Stellung ihrer Verbandsinstanzen sehr erfreut. Sie wissen, daß ein großer Teil der Beschäftigten in den Ostellostinen C, D und E nur eine ganz geringe Lohn erhöhung erhalten und daß man weiter dazu übergeht, eine Kürzung der Ostellohnzulage herbeizuführen. Eine neue Welle schärfster Nationalisierung liegt bei der Reichsbahn ein. Und wenn die Eisenbahner in einigen Monaten feststellen, was ihnen der Schiedsspruch gebracht hat, so werden sie zu dem Resultat kommen, das auf Grund der gezeigten Preise für alle Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände ihr Reallohn weiter gesunken ist.

Dörpmüller, der immer und immer wieder erklärt, daß dieser Schiedsspruch, wie überhaupt jede Lohnbewegung der Eisenbahner, für die Reichsbahnhauperverwaltung untragbar sei, hat in den vom 27. bis 29. Mai tagenden Verwaltungsratsversammlung der Reichsbahn vorgebracht, auf die auszugehende Vorgangsliste der Serie I bis 3 eine Dividende von 7 Prozent

auszuhüten. Wie hoch die reale Summe ist, die die Dividende ausmacht, wird bis jetzt der Öffentlichkeit vorerhalten. Aber die Existenz von 7 Prozent Dividende zeigt, daß die Lage der Reichsbahn in finanzieller Beziehung hinweg ungünstig ist; denn sonst könnte man nicht den Beschluss von Reichsbahnhoftagung Tausende von Reichsmark in die Taschen stecken. Einig war sich dieser Verwaltungsrat der Reichsbahn auch darin, daß eine Erhöhung der Tarifhöhe gefordert und durchdrückt werden müsse. Bestimmt ist in diesem Verwaltungsrat auch der 2. Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes, Hermann Müller. So wie er vor wenigen Monaten der Wiederaufbau Dörpmüllers zustimmte, so hat er auch jetzt für die Ausschüttung der Dividende und für die Tarif erhöhung gestimmt.

Dieser Lohnkampf wird, wenn die Eisenbahner sich gegen den Willen ihrer Verbandsinstanzen zum Kampf bereit erklären, durch die Verbindlichkeitserklärung seine Kräfte und seine Wirkung finden. Noch keine Lohnbewegung der Eisenbahner gab es, die nicht schämlich von der reformistischen Bürokratie verraten wurde. Vom großen Eisenbahnerkampf des Jahres 1922 bis zum heutigen Tage kann man nur eine ungeordnete Linie reformistischen Vertrags, Preisgabe des Zögernden der Eisenbahner feststellen. Die Linie des Magdeburger Parteitages des SPD, Verstärkung des sozialstaatlichen Kreises, nach stärkere Untersordnung unter den kapitalistischen Staatsapparat ist der Wegweiser für die Handlungen der reformistischen Bürokratie.

Die Eisenbahner dürfen nicht zulassen, daß dieser Schiedsspruch, der bis zum 31. März 1931 Gültigkeit haben soll, für verbindlich erklärt wird. Sie müssen zur Waffe des Zögernden, ganz gleich, ob Wissel die Verbindlichkeitserklärung ausspricht oder nicht.

Bor dem Verbot des schlesischen Textilarbeiterkampfes

Breslau, 20. Mai. (Eig. Drahtmeldung)

In dem Konflikt der schlesischen Textilarbeiter hat der Schlichter der Provinz Schlesien für heute die beiden Parteien in einer unverbindlichen Aussprache geladen. Es ist derselbe Schlichter, vor dem die ersten Schlichtungsverhandlungen stattfanden, die ergänzunglos verletzt. Die reformistische Bürokratie begrüßt aufs freudigsten den Schlichter und ist bereit, zur Verhüllung des offenen Kampfes der schlesischen Textilarbeiter den Unternehmern weitere Zugeständnisse zu machen.

Wie unangenehm der Gewerkschaftsbürokratie der Kampfwillen der schlesischen Textilarbeiterinnen ist, zeigt folgender Vortrag, der sich in Wüstenauersdorf abgespielt hat.

Das Komitee weiblicher Frauen, das zur Vorbereitung einer Textilarbeiterinnenkonferenz gebildet wurde, hatte zu einer öffentlichen Arbeiterinnenveranstaltung aufgerufen. Pünktlich fuhr die Polizei im Begleitung eines Gewerkschaftsführers vor dem Vortrag vor. Polizei wie Gewerkschaftsführer verhielten, die Wirtin zu veranlassen, den Veranstaltern den

Saal zu verweigern, da es in der Versammlung zu Tumulten kommen würde. Die Wirtin weigerte sich, die einmal gegebene Zusage rücksichtig zu machen. Eine halbe Stunde später erschien ein SPD-Vorsteher mit einem großen Transparent vor dem Vortrag: „Diese Versammlung hat nichts mit der Gewerkschaft zu tun“. Die Arbeiterinnen antworteten sofort mit einem anderen Plakat, auf dem sie in der Ecke den gleichen Text durchgezährt hatten und ihn erzielten durch die Wohlung „...“ abreiche viel mit dem Textilarbeiterkampf. Darum kommt alle in die Versammlung!“

Sofort ging die Gewerkschaftsbürokratie dazu über, an alle Anschlagsäulen ein Plakat auszuhängen, in dem die Textilarbeiterinnen aufgerufen wurden, die Versammlung nicht zu besuchen. Außerdem stellten sich reformistische Gewerkschaftsführer an die Straßenkneulen, um die Frauen von der Versammlung zurückzuholen. Trotz dieser infamen Seite war die Versammlung überfüllt und von einem glänzenden Kampfgeist geprägt.

Kommunistische Wahlerfolge in der Tschechei

Prag, den 28. Mai 1929

Sonntag fanden in vier Gemeinden des Kreisgebietes von Neutra Wahlen statt, in denen die Kommunisten sehr gut abschnitten haben.

In Bělá pod Pradědem erreichten die Kommunisten 253 Stimmen (12 Mandate); die Agrarier 18 Stimmen (2 Mandate); in Beroun ließen auf die Kommunisten 127 Stimmen (11 Mandate) auf bei Agrarier 103 Stimmen (2 Mandate); in Dolní Kralovice hielten das Wahlergebnis folgendes Bild: Kommunisten 148 Stimmen (5 Mandate), Slowakische Volkspartei 164 Stimmen (5 Mandate), Sozialdemokraten 55 Stimmen (2 Mandate). In Dolní Kralovice bedeutet dieses Wahlergebnis sehr viel, da dort auf Grund der vorjährigen Schließung der Gewerkschaft aus Arbeitern die Gewerkschaftsmitgliedschaft und ein Regierungskommissar ernannt worden waren. Dennoch haben die Kommunisten in diesem Ort vorzüglich gehalten. In Joáne bei Neutra eroberten die Kommunisten 175 Stimmen (6 Mandate), die Sozialdemokraten 36 Stimmen mit einem Mandat, die als Gruppe, die sich unabhängig Kommunisten nennen, hat mit 26 Stimmen kein Mandat erreicht. Die Agrarpartei „erobert“ mit 91 Stimmen drei Mandate, obwohl sie früher 12 Mandate inne hatte.

Die Wahlergebnisse im Kreisgebiet von Neutra zeigen mehr als alles andere, daß die Arbeiter geschlossen bei der kommunistischen Partei stehen, die für sie den Kampf der Landarbeiter organisiert hat.

Aufgedeckter „Zuchtrrrtum“

Erst zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, jetzt freigesprochen!

Wegen angeblicher Tötung seines Schwiegersohnes wurde vom Schwurgericht Land der Befürger Bednarz im Mai 1927 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. 22 Monate lang hat Bednarz der immer seine Unschuld beteuerte, und der auf Grund von ganz unhalbaren Indizien verurteilt war, sein Wiederaufnahmeverbot betrieben. Jetzt wurde freigesprochen, daß sein Schwiegersohn wahrscheinlich in tiefer sozialer Depression Selbstmord begangen hat. Bednarz wurde freigesprochen.

Die letzte Kuh dem Kleinbauern aus dem Stall geholt!

Burg auf Lehmann. In den letzten Tagen wurden in mehreren Dörfern durch das Finanzamt Oldenburg bei Landwirten Pauschalzulagen vorgenommen. Dabei führen die Polizeibeamten mit dem Kraftwagen von Ort zu Ort. Der Bauer hat sich begeistert weise eine mächtige Erregung bemächtigt. Die Nationalsozialisten und der Deutschnationale Bauernbund verüben bereits wieder ihr demagogisches Spiel mit den Bauern zu treiben. Natürlich geben sie nur vor, den kleinen Bauern zu helfen, denn sie haben in der Vergangenheit Tausende Mal die Interessen der kleinen Bauern vertraten, sich aber dafür mit aller Kraft für Steuererleichterung an die großen Güter eingesetzt. Den demagogischen Treiben dieser Kreise gilt es ernsthafte Aufmerksamkeit zu widmen und überall, wo sie einzutreten wagen, sie als die Feinde der kleinen Bauern zu entlarven! Nur im eBren mit der revolutionären Arbeiterschaft kann den verarmten kleinen Bauern geholfen werden.

Eine Gräfin als Auwandlerin erlappt

Gestohlen, um standesgemäß heiraten zu können — Schäßburg

Ihres Verlobten

In Berlin wurde die 23jährige Komtesse v. Monzon, die bei ihren Verwandten Juwelen im Wert von 100.000 Mark erstanden, verhaftet. Ihr Verlobter, Graf v. Wedel, hat sich eröffnet. Der Komtesse wurde bisher von dem Schlossmeister ihres Verlobten nichts mitgeteilt. Komtesse Monzon heiraten zu lassen. Der Prozeß gegen die Gräfin soll heute Donnerstag, den 30. Mai, vor dem Schlossrichter stattfinden. Doch berichtet derzeit die bürgerliche Presse, daß eventuell von einem Prozeß ganz absehen wird, wenn die Verwandten der Komtesse von einer Anklage absehen, oder sie, falls sie schon gestellt, zurückziehen sollten.

Wer würde das verwundern? Fürwahr nette „Eselle“!

Die Dresdner Parteiarbeiter

Gestern abend fand im Bürgerkino eine außerordentlich gut besuchte Konferenz der Dresdner Parteiarbeiter statt. Sie beschäftigte sich mit den Lehren der Landtagswahlen. Nach einem mit gutem Material ausgestatteten Referat des Genossen Sandermann, der den Erfolg der Partei aufzeigte, aber auch kritisch zu den Mängeln und Fehlern Stellung nahm, fand eine rege Diskussion statt, die ein hohes politisches Niveau der Dresdner Funktionäre aufwies. Dabei wurden in den Bodengrund die Aufgaben zur Antikriegspläne am 1. August und die im Herbst stattfindenden Gemeindewahlen gestellt. Der Berglauf der Parteiarbeiterkonferenz zeigte, daß die Dresdner Parteiarbeiter in feiner innerer Geschlossenheit — allen Parteifreunden zum Trost — an die Lösung der vor uns liegenden Aufgaben schließen.

Ein neuer Kampfgenosse

Unter dem Titel „Der rote Wähler“ gibt die kommunistische Reichstagsfraktion ein Mitteilungsblatt heraus, in dem die einzelnen Abgeordneten ausführlich über die wichtigsten im Reichstag zur Beratung und Abstimmung stehenden Fragen berichten. Die erste Nummer ist am heutigen Mittwoch erschienen.

Zum 12. Parteitag der KPD

Der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse / Von W. Ulbricht

Die zentrale Aufgabe der KPD besteht gegenwärtig in der Erhaltung der Mehrheit der Arbeiterklasse und in der Hineinsetzung der entscheidenden Teile der Arbeiterklasse in den revolutionären Kampf. Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Diskurses des Parteitags. Während der Klassengegner versucht, die kommunistische Partei zu isolieren und die Arbeiterklasse zu zerstören, muss die Partei alle Kräfte einzufen zur Organisation des proletarischen Klassenfront unter Führung der KPD.

In diesem Kampf Klasse gegen Klasse kämpfen auf der einen Seite alle Befürworter der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, vom Trustkapital bis zur Sozialdemokratie. Die gemeinsame Interessenvertretung dieser Front wird unter Führung des Trustkapitals von der kapitalistischen Staatsgewalt ausgeübt. Auf der anderen Seite der Klassenfront kämpfen die revolutionären Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei.

Während in der ersten Periode der Nachkriegszeit die Aufgabe der revolutionären Partei darin bestand, den Opportunismus in ihren eigenen Reihen zu überwinden und die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei durchzuführen, ist gerade dadurch die Vorausleistung geschaffen worden, dass Kommunistische Internationale und ihre Sektionen zum Träger des Vereinigungskampfes des Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes werden. Die Organisation der älteren Kohorte der Revolution war die Vorausleistung zur Herstellung der Einheitsfront des kämpfenden Proletariats. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei besteht jetzt darin, die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse, die Massen der Betriebsarbeiter, in den Kampf zu führen. Die Einheitsfrontkampf muss ausschließlich als Einheitsfrontkampf von unten angewandt werden.

In den Jahren 1921 bis 1927

Das Schwergewicht der Einheitsfrontkampf in den Arbeiterorganisationen. Die Partei versucht im Rahmen der Organisation die Mehrheit der Arbeiter für den Kampf zu erzielen, um die Bewegung dann über den ursprünglichen Rahmen hinauszutragen und auch gegen die breiten Gruppierungen der Bourgeoisie Anstriche hat sich die Partei intensiviert, als die Kampffront der KPD gewachsen ist und die Massen der Unorganisierten, der jugendlichen Arbeiter und der Arbeitnehmer zu einer bedeutenden Kraft im Klassenkampf geworden. Gleichzeitig ist der reformistische Gewerkschafts- und Sozialdemokratische Parteiausschuss immer inniger mit dem kapitalistischen Staatsapparat verwachsen. Im Prozess der Vertreibung der kapitalistischen Widerstände und der Zuspiitung des Staatskampfes verändert sich qualitativ sowohl die Rolle der Sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsapparates als auch die Formen und Methoden der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Staatsgewalt. In dem Maße, in dem die Arbeiterklasse dazu übergeht, entgegen den Gewerkschaftsstrukturen und den Gelehrten des kapitalistischen Staates Selbstbewusstsein unter Führung der Kommunistischen Partei den Kampf um ihre politischen und ökonomischen Forderungen zu führen, sofern sie Mittel der "demokratischen" Aneignung nicht mehr hat. In verstärktem Maße werden sowohl von der Staatsgewalt, wie auch von der Sozialdemokratischen Partei und vom Gewerkschaftsapparat sozialistische Methoden zur Sicherung der reaktionären Koalitionspolitik angewendet. Das Verhalten dieser Politik auf der Linie des geringsten Widerstandes veranlaßt das Trustkapital, Sozialdemokraten und Zentristen mit der Verantwortung für die Durchführung zu beladen. Reorganisation des Staatsapparates durch Gewerkschaftsvereinbarungen durch sozialdemokratische Polizeipräsidien, Verminderung der Wirtschaftskämpfe durch sozialdemokratische Richtlinien usw.). Offen erklärt Herr Wirt in der Zeitschrift "Die Räuber", daß die Demokraten die Vorläufer der Wahlrechtsänderungen seien müssen, weil dadurch von vornherein der Widerstand verhindert und die Isolierung der Staatsgewalt vermieden wird.

Die Bourgeoisie zieht also die Sozialdemokratie zur vollen Verantwortung für die kapitalistische Politik heran, um die Arbeiterklasse mit Hilfe der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsbureaucratie zu isolieren, und versucht gleichzeitig auf diesem Wege, die Sozialdemokratie zu schwächen.

Die Verschärfung des Schwergewichts der Sozialdemokratie, die gefordert, beschleunigt ihre Entwicklung zum Sozialföderalismus, gestaltet der Bourgeoisie, sie besser auszunützen für die Durchführung ihrer Ziele. Die Rolle der Sozialdemokratie ist jedoch, dass diese Partei immer mehr in den Augen der Arbeitnehmer führt zur Loslösung sozialdemokratischer Arbeiter von der SPD und beschleunigt die Stärkung des Masseninflusses der Kommunistischen Partei. Je weniger die Sozialdemokratie mit dem kapitalistischen Gewerkschafts- und Staatsapparat verbündet, um so rücksichtsloser versucht sie, den kapitalistischen Staatsapparat zum Schutz der Sozialdemokratie und des Gewerkschaftsapparates gegenüber dem Kommunismus einzuziehen.

Diese qualitative Veränderung in der Politik der Sozialdemokratie, die auch ihren Ausdruck in der Veränderung der sozialen Basis (Verteilung der Bürokratie, der arbeiteraristokratischen und kleinbürgerlichen Elementen) findet, erfordert auch eine taktische Wendung in unserem Kampf um die Loslösung sozialdemokratischer Arbeiter. Das Schwergewicht unseres Kampfes um die Mehrheit der Arbeiterklasse muss konzentriert werden auf jene Massen, die sich bisher weder für die Sozialdemokratie noch für die Kommunistische Partei entschieden haben, um auf die Gewinnung jener Millionen Arbeiter, die bisher der Sozialdemokratischen Partei und anderen bürgerlichen Parteien ihre Stimme gaben. Die Eingliederung dieser Arbeitermassen in die proletarische Klassenfront, ihre Einbeziehung in den revolutionären Klassenkampf unter Führung der Kommunistischen Partei, ist die wichtigste Aufgabe, um auch eine größere Zahl sozialdemokratischer Arbeiter von der Partei des Arbeitersmordes loszuwerden.

Gerade dadurch, daß sich unter Führung der Kommunistischen Partei die proletarische Klassenfront im Kampf formiert und die SPD isoliert wird, werden die sozialdemokratischen Arbeiter klar vor die Entscheidung gestellt: für die reformistische Streitkampfpolitik und den sozialdemokratischen Arbeitersmord oder für den revolutionären Kampf um Verbesserung der Lebensbedingungen, für den Sturz der kapitalistischen Staatsmacht, für die Diktatur des Proletariats.

Thesen wie die Bourgeoisie in der Staatsgewalt ihre Erfolglosigkeit gegen die Arbeiterklasse bestätigt, so muß das Proletariat organisatorische Formen zur Durchführung des Klassen-

Kampfes gegen die kapitalistische Staatsgewalt herausbilden. Während früher die Vorbereitung der ökonomischen und politischen Kämpfe im Rahmen der bestehenden Massenorganisationen geschehen und die Hauptkraft auf das Weiterführen der Bewegung konzentriert wurde, muss jetzt von vornherein selbstständig der Kampf organisiert werden, und es ist deshalb notwendig, schon in der Vorbereitung der Bewegung Organisationsformen zu schaffen. Solche Formen sind die Arbeitdelegiertenkonferenzen, Arbeiterrinnenkonferenzen, vorbereitende Ausschüsse und vergleichbare. Alle diese Einheitsfrontorgane müssen auf der Basis der proletarischen Demokratie gebildet werden. Sie müssen Massenorgane sein und die Fähigkeit haben, das Maximum der Kampfkraft der Arbeiter zu entwickeln. Die Kampfleistungen, Streitkämpfen, Aktionenausschüsse, Selbstschutzbüros usw., die während der Vorbereitung und Durchführung der Bewegungen gebildet werden, sind in der gegenwärtigen Situation

zeitweilige Organe zur Durchführung bestimmter Aufgaben

Nach Erfüllung dieser Aufgaben oder nach Abbruch der Bewegung lösen sich die Organe auf und werden erst bei Vorbereitung und Führung der kommenden Bewegung aufs neue gewählt. Durch die Schaffung solcher Einheitsfrontorgane, die die Aktivität der breiten Arbeitermassen, insbesondere der Unorganisierten, der Arbeiterrinnen und der jugendlichen Arbeiter entfalten und die Radars des proletarischen Alters in den Betrieben wesentlich verstärken, werden auch die Vorausleistungen gebracht zur Verstärkung und Ausschöpfung des Funktionärsalters der Kommunistischen Partei. Deshalb ist es notwendig, dass die Kampfleistungen nicht nur auf breiter Basis gewählt werden, sondern auch eine größere Zahl von Arbeitern umfassen. (In Großbetrieben mit 1000 Arbeitern etwa 50 Arbeiter oder mehr, in Kleinbetrieben mit 5000 Mann soll die Kampfteilung 200-300 Mitglieder umfassen. Es ist selbstverständlich, daß dann ein erneutes Eröffnungsorgan vor der Gesamtleitung gewählt wird.)

Diese Kampfleistungen, Aktionenausschüsse usw., sind nicht ausschließlich Organe des ökonomischen Kampfes, selbst dann wenn die Bewegung auf Grund ökonomischer Forderungen eingeleitet wird. Diese Einheitsfrontorgane sollen zu Organen des politischen Klassenkampfes werden, sie sollen den Arbeitermassen jene elementaren Erfahrungen vermitteln, die sie benötigen, in der Zeit des unmittelbaren Klassenkampfes politische Arbeiteräste zu bilden. Die Kampfleistungen können deshalb auch nicht erzeugt werden durch den Betriebsrat. Die Funktion der Betriebsräte besteht hauptsächlich in der Vertretung der Arbeitersinteressen im Betrieb, während die Kampfleistungen um Organe des allgemeinen proletarischen Klassenkampfes sind. Es ist wohl notwendig, eine möglichst große Zahl revolutionärer Betriebsräte in die Kampfleistungen zu wählen, aber die überprozeßte Mehrheit der Mitglieder dieser Leistungen muss aus aktiven Arbeitern bestehen, die nicht Betriebsräte sind. Die Wahl von Kampfleistungen und Streitkämpfen ist auch dort notwendig, wo die revolutionäre Opposition die Mehrheit in d. Gewerkschaftsorganisation hat. Gerade im Interesse der Verbreitung und Verfestigung unseres Einflusses ist es notwendig, in diesen Fällen auf demokratische Weise die Streitkämpfen in allgemeinen Belegschaftsversammlungen zu wählen. Die Aufgabe der Gewerkschaftsfunktionäre besteht eben darin, sich durch vorbildliche Vertretung der Arbeitersinteressen das Vertrauen zu erwerben, und dadurch in die Streitkämpfen gewählt zu werden.

Sowohl die Wirtschaftskampfe, wie die Mai-kämpfe zeigen eine Unterschätzung der Bedeutung dieser Einheitsfrontorgane durch die Parteidunkonde

Vielschach wurden solche Thesen schildert, aber sie trugen nur einen formellen Charakter. Statt die Aktionstroß der

Kampfleistungen und der Arbeitermassen richtig auszuwerten und zu steigern, diese Organe zu wirklich führenden Organen der Arbeitermassen zu entwickeln, wurden sie oftmals nur zur Versammlungsleitung und ähnlichen Funktionen herangezogen. Diese Fehler zeigen eine falsche Einschätzung der Rolle dieser Einheitsfrontorgane.

Gegen diese Anwendung der Einheitsfronttaktik nehmen die Betriebsräte offen Stellung. Ihre Hauptfehler bestehen darin, daß sie sich den Stimmungen der rückständigen Teile der Arbeiterchaft anpassen, die Organisation der Massenbewegung in Anlehnung an die Sozialdemokratie erstreben und anstelle der organisierten Durchbrechung des Polizeiterrors den Appell an die Staatsgewalt zur Aushebung der Unterdrückungsmaßnahmen stellen. In der Berliner Bezirksleitungserklärung erklärte Genosse Deter, daß die Partei die Betriebsrätewahl-Ergebnisse überblickt habe und sagte: "Wir haben jetzt den Arbeitern solche großen Aufgaben gestellt, die sie nicht durchführen können". Die Unterdrückung der Kampfsituation läßt die Versöhner nicht erkennen, daß die Mätkämpfe ein Schritt vorwärts sind in der Umwandlung der Sympathien der Arbeiter für unsere Partei, wie sie bei den Betriebsrätewahlen zum Ausdruck kamen, in die revolutionäre Tat. Weil sich aber diese Umwandlung der Sympathien in Aktionsenergie nicht gleichmäßig und nicht in allen Betrieben vollzog, deshalb jammern die Versöhner verzweifelt über die zu großen Aufgaben, die wir angeblich den Arbeitern gestellt haben sollen. In Wirklichkeit wollen die Versöhner die organisierte Aktion zur Durchbrechung der Demonstrationsverbote erzielen durch allgemeine Agitation in Form von Demonstrationen an Regierung und Polizeigewalt. Genosse Deter sagte: "Die Antwort der Partei auf das Demonstrationsverbot war nicht genügend auf die Forderung: Aufhebung des Verbotes", eingestellt. Die Versöhner wollten also die Illusion bei den Arbeitern erwecken, daß es möglich ist, auf anderem Wege als durch organisierte Durchbrechung des Verbotes das Verbot in der Tat aufzuheben. Außerdem forderten die Versöhner, daß die Partei die Lösung ausgibt: "Hinein in die Gewerkschaftsversammlungen", denn dann hätten bei anschließender Demonstration auch die Sozialdemokraten Prügel bekommen. Eine solche Politik hätte direkt die sozialdemokratischen Arbeiter in der Auffassung gestärkt, daß außerhalb der Sozialdemokratischen Partei keine Kraft vorhanden ist, Mätkundgebungen durchzuführen. Bei einer solchen Taktik hätte nicht die Kommunistische Partei die führende Rolle in den Maidemonstrationen gehabt, sondern tatsächlich wäre die SPD als die führende Organisation in Erscheinung getreten. Gleichzeitig hätte das bedeutet die völlige Desorganisation und Verhinderung einer selbständigen Demonstration der Arbeiter in den Straßen Berlins. Die Aufgabe der Partei besteht in der gegenwärtigen Situation darin, die Sozialdemokratie zu isolieren, die breiten Massen zur selbständigen Kampfführung unter Leitung der Kommunistischen Partei zu erziehen, den Massen in jeder Hinsicht zum Bewußtsein zu bringen, daß die Sozialdemokratische Partei eine bürgerliche Arbeiterpartei ist, die sich immer mehr zum Sozialfascismus entwickelt.

Die Taktik der Versöhner bedeutet die Sabotage der Einheitsfronttaktik von unten und die Ablehnung von die Sozialdemokratische Partei.

Die Frage des Kampfes um die Formierung der proletarischen Klassenfront ist gegenwärtig eine der wichtigsten Fragen unserer Taktik. Während die Bourgeoisie bestrebt ist, durch Organisationsverbote die organisierte Kampftaktik der Arbeiterklasse zu zerstören, muß die Kommunistische Partei im verstärkten Maße alle Kräfte einlecken, um auf breiter Basis als bisher die Arbeitermassen in den Kampf zu führen und zu diesem Zweck Organe des proletarischen Klassenkampfes herauszubilden, die getragen sind vom Kampfwillen der Massen des Proletariats.

Die SPD-Presse zum Parteitag

„Panzerkreuzerfront von Breitscheid bis Stresemann“

Die sozialdemokratische Presse bringt zum Parteitag in Magdeburg im allgemeinen die vom Parteivorstand initiierten Artikel, die feinerlei Kritik an dessen Politik üben. Nur einzelne SPD-Blätter bringen lebhafte Parteidunkonferenzen. Einige „links“ liegen unter dem Druck der sozialdemokratischen Arbeiter eine bestimmte Kritik an der Parteidunkonferenz an, die aber nur dazu dient, die Arbeiterschaft zu täuschen und die Empörung der Mitglieder zurückzudrängen. In Wiesbaden denken die „links“ keineswegs an einen ersten Kampf gegen den Parteivorstand auf der Magdeburger Tagung. Dennoch seien einige Stimmen wiedergegeben, die geeignet sind, die SPD-Politik in richtige Licht zu sehen. So schreibt die Leipziger Volkszeitung u. a. unter Hinweis darauf, daß bereits auf dem Magdeburger Parteitag im Jahre 1919 die Koalitionsfrage zur Debatte stand und der reformistische Flügel schon damals den Block von „Bebel bis Bassemann“ verlangte, den aber die Mehrheit des Parteitages knapp ablehnte:

„Die Debatten auf dem vorliegenden Parteitag gelten nicht mehr den lustigen Spekulationen über einen Block von „Bebel bis Bassemann“. Der Block von Breitscheid bis Stresemann ist indes Wissenschein geworden (1). Der Block von Bebel bis Bassemann nimmt heute unter dem Titel der Großen Koalition, das heißt des Blocks von Breitscheid bis Stresemann symbolisch sich durch den Panzerkreuzer.“

Dieser Urteil über die sozialdemokratische Politik, das in aller Schärfe auf die der „links“ SPD-Führer zielt, trifft, wobei noch erweitert und trefflicher durch die Aussagen der Plauener Volkszeitung, die hiermit auf dem Parteitag 1919 die Koalitionsfrage zur Debatte stand und der reformistische Flügel schon damals den Block von „Bebel bis Bassemann“ verlangte, den aber die Mehrheit des Parteitages knapp ablehnte:

„Lebt nicht die Partei vor den Freuden ihrer Politik: Vor dem Panzerkreuzer, Sanctionierung eines brutalen, folalen Rechtsbruches der ruhige rheinischen Schwerindustrie durch einen sozialdemokratischen Minister. Verblüffende Erklärung von Schiedsprüchen, die die proletarischen Massen aufs tiefe emporheben, durch einen sozialdemokratischen Minister. Die Unmöglichkeit, den vertraglichen Ausbau der Sozialversicherung durchzuführen unter sozialdemokratischen Ministerverantwortlichkeit. Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung von allen Seiten. Neue Steuerung der Massensteuern in der Zeit sozialdemokratischer Präzessionsherrschaft. Zur gleichen Zeit das Ende der Repression und die unerhörte Bevorzugung des Großhospitals bei der neuen Reichsanleihe.“ !!

Das ist die volle Bankrotterklärung der eigenen Politik. Es ist charakteristisch, daß die „links“ Blätter ihre ganze Kritik auf die Koalitionspolitik zuspielen und trotzdem es nicht wagen, vom Parteivorstand zu fordern, daß er die Koalitionspolitik unbedingt ablehne. Die lachhaften „links“ liegen eben augenblicklich selbst arg in der Klemme von wegen der Koalitionsbildung in Sachsen. Außerdem, ob in der Großen Koalition oder draußen, die SPD kann nie wieder revolutionäre Klassenkampfpolitik treiben. Magdeburg bedeutet nur einen Meilenstein auf dem Wege des Sozialfascismus. Der SPD-Parteitag muß ein Signal für alle ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter werden, endgültig mit dem Reformismus zu brechen und sich in die KPD einzurichten.

Sozialdemokratischer Regierungspräsident läßt sich eine Villa für 230 000 Mark bauen

In Wiesbaden regiert ein sozialdemokratischer Regierungspräsident. Amal ist ein offizielles Regierungsgebäude mit vielen Zimmern vorhanden, aber der Herr Präsident muß unbedingt seine besondere Villa haben, so und mehr destruktiver luxuriöser Wohnstätten sind zwar in Wiesbaden vorhanden; und nach dem Abzug der englischen Besuchungstruppen werden außerdem sehr viele große Villen frei, aber keine genügt für die Bedürfnisse dieses sozialdemokratischen Vertreters der preußischen Koalitionsregierung. Dieselbe ordnete an, daß jetzt für den vor-nenamten Zweck

eine Villa für die Summe von 230 000 Mark gebaut wird, damit der Herr Regierungspräsident in der Lage ist, seinen Repräsentationspflichten nachzukommen.

Über dieses Beispiel unverhönter Korruption und Verhinderung von Steuergeldern der Werkstätigen berichtet die Koalitionszeitung der SPD unter anderem das Berliner Tageblatt, also gewiß unverdächtige Quellen. So lehrt die sozialdemokratische Presseunterrichtung die Arbeiterschaft, was Koalitionspräsident bedeutet: Für zwölfe Kinder und eine Panzerkantate; Herr Braun macht dem achten Kind eines Bergarbeiters als Taufpaten ein Geschenk von 30 Mark und der sozialdemokratische Regierungspräsident läßt sich eine Villa von circa 1 Million Mark bauen. Für alle anderen Probleme der Gemeinde und Jörgiebels.

Die Riesen „pleite“ eines reformistischen Konsumlagerhalters

Breitig 1. Sa. Was mag wohl in der Konsumvereinsgeschäftsleitung vorgegangen sein? So fragt man sich, als gegen Ende dieses Monats das Gericht durch das Röderthal ging, der Verkaufsstelleleiter Schletter bei seines Amtes entbunden wurde. Die übelsten Gerüchte waren verbreitet, und demzufolge lag sich die reformistische Verwaltung der Zentrale des "Genossenkreises" wegen verpflichtet, eine öffentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, die den Mitgliedern "reinen Wein" in der Sache erläutern sollte. Diese Versammlung fand unter zahlreicher Beteiligung der Genossenschaftler aus dem Röderthal im großen Saale des Gasthauses "Schäfchenhaus" in Breitig statt. Bereits vor Beginn der Versammlung war der große Saal so voll, was bewies, daß ein großes Interesse bei den Arbeitern vorhanden war, die hören wollten, wie der Fall "geklaut" werden sollte.

Die Ausführungen der Verwaltungsglieder waren ungestüm, die, das man erklärte,

man habe mit Schletter einen schlechten Griff gemacht, es sei nicht richtig gewesen, daß man keinen für diesen Posten befähigten Mann genommen habe,

es sei derzeit der dritte Fall, wo man habe wieder zur Entlastung schwören müssen. Die Beteiligungsfeststelle Breitig habe der Verwaltung schon lange Sorgen bereitet. Schuld hieran gehe aber nicht nur Schletter, sondern Schuld seien auch die Genossenschaftler, die nicht auf ihrem Posten gewesen seien. Untersuchungen oder Rechenschaft habe sich Schletter nicht zugeschuldet, umso mehr, als Schletter nicht zugeschuldet seien, er sei lediglich nicht in der Lage gewesen, seinen Befehlen auszuführen und überdies habe er es nicht verstanden, die Belegschaft zu verhindern. Unter Einbeziehung des Mantos (Protest vom Umsatz), welches einem Beteiligungsfeststellungsleiter verliehen wird, beließ sich nach der Mitteilung der Verwaltung der Gesamtumsatz auf ca. 1800 Mark (eine nette Summe, für die Arbeiter aufzunehmen müßten). Der über das zwölftägige Manto hinausgehende Fehlbetrag werde nach und nach von Schletter gedeckt, denn man habe ihn, da ihm Verschulden nicht nachzuweisen seien, nicht auf die Strafe geworfen, sondern damit bestraft, daß man ihn sofort seines Postens entzog und als Befahrer und "Wagenpfer" in den Wagenpark der Konsumbüro Pulsnik versetzt habe. (Doch der Fehlbetrag nicht gedeckt wird, wird weiter unten noch ausgeführt werden.)

Zu der Diskussion gab es ein lebhaftes Für und Wider. Die Beteiligung und Schletter selbst, und es war nur zu begreifen, daß die Mitglieder als Genossenschaftler ihre Anerkennung und ihren Widerwillen gegen die Verkaufsstellenbesetzung ergriffen und zum Ausdruck brachten. Ganz entschieden muß das Szenario der Stellenbesetzung im Konsumverein für Pulsnik und Umgebung überhaupt verurteilt werden, denn

die Brüderlichkeit hat bewiesen, daß nur echte "Brüder" mit dem Parteibuch der SPD in der Hand für gut bezahlte Gehalts auszureichen werden, ganz gleich, ob sie überhaupt die Belebung haben, einen solchen verantwortungsvollen Posten zu bekleiden oder nicht.

Der Auftritt Schletters bewies jedenfalls, daß man mit solcher Brüderlichkeit die Genossenschaft auf Kosten der Genossenschaftshalter infidiert. Man hatte Schletter vor Jahren vom Bobhalle wiedergewonnen und ihn in die Beteiligungsfeststelle Breitig gesetzt. Ein treuer Schäfchen war wieder einmal gut verorgt worden. Wie dankbar nur die SPD ihren Brüdern gegenüber ist — nur ihrem Stimmenfutter gegenüber nicht!

Die ganze Sache sollte aber vor der Öffentlichkeit dadurch verschwiegen werden, daß man ohne Grund eine Verkäuferin persiflierte. Das willkürlich begrißtnerweise stand auf, und ein Geschäftsführer verlangte von der Zentrale, man möge die Schule zur Rechenschaft ziehen. Hier mußte nun die Verwaltung eingreifen. Von sich aus wäre das der Verwaltung nicht einspruchlich, denn das ging ja aus den Ausführungen des Vorstandesmitgliedes Konrad Pulsnik hervor: "Die Geschäftsführerin habe der Verwaltung schon lange Sorgen bereitet".

Warum warnte man dann also, bis aus einer Sache, die in keinem zu erkennen ist, ein Standart wird, der das Aussehen der Genossenschaft als gräßlichste schädigt?

Und natürlich versteht man, die Sache den Genossenschaftlern störte über immer noch in ein unzulässiges Licht zu rücken, indem man die Verkäuferinnen für schuldig erklärt? Soll dadurch aus dem unzureichenden und lächerlichen Drauselwirtschaften des Kapitalismus verdeckt werden?

Die Zustände in der Verkaufsstelle müssen jedenfalls unzureichend gewesen sein, denn die zur Diskussion stehenden Genossenschaftler wußten hierüber mehr als die Verwaltungsaufzähler selbst. Es sei vorgekommen, daß man in die Verkaufsstelle gekommen sei, ohne jemanden anzutreffen. (Was gegen über der Vermöter und die drei Verkäuferinnen gestellt wurde?) Manche Waren habe man teurer einzukaufen müssen als in anderen Verkaufsstellen und beim Ladenfrämer, und verschiedene Waren habe man überhaupt nicht da gehabt.

Trotzdem die Empörung gegen das Verhalten der Zentrale auch verstand man es, durch geschickte Abstimmung eine Versetzung zu befürworten, die das Verhalten der Zentrale für falsch und gut befand, und so gingen die Genossenschaftler ausander ohne etwas erreicht zu haben.

Man erklärte den Genossenschaftlern, Schletter habe sich seine Rechte zurückholen lassen. Warum hat man an oben ironisch dieser Tage entlassen? Sind vielleicht doch unter dem Rücken der Genossenschaftler Verhältnisse aufgetreten, oder was gab sonst den Grund zur Entlassung? Was ist auch hierzu die Zentrale außer? Auf alle Fälle müssen die Mitglieder des Konsumvereins Pulsnik und Umgebung verstehen, daß die Zentrale eine Mitgliederversammlung einberuft, um die Genossenschaftler über die inzwischen gelebtenen Parteiideale genau zu unterrichten. Genossenschaftler! Seid auf der Hut, lohnt sich nicht wieder hinters Licht führen, wenn es die Zentrale unterläßt, verlangt selbst die Einberufung einer Versammlung! Verlangt restlose Klärung der Sache, das Recht hat auch zu!

Inzwischen hat die reformistische Genossenschaftsführung einen struppeligen Berat an den Genossenschaftlern verloren.

Während in der Versammlung das eigene System von der Zentrale kritisiert wurde, mußte für solche Posten geeignete Bewerber vorbereitet werden, um im voraus eine Gewähr für die ordnungsgemäße Führung der Lagerverwalterstelle zu haben, hat man die Neuwahl des Lagerverwalters für die Beteiligungsfeststelle Breitig vorgenommen und den im Röderthal gut bekannten Meißner

SPD-Brüller Hochauß. Mit dem Posten "begnügt", obwohl sich ein gesuchter, aus der Fronte herausgegangener Bewerber um den Posten beworben hatte. Die Zentrale hat also die Genossenschaftler mit einem Fronten-Manöver betrügen. Ihr eignes kritisches System hat sie aus Liebe zu einem ihrer treuen Helden fortgelegt, so wiederum einen teilschuldigen Anwärter vom Wahnbauhalle weggenommen und diesen mir des Parteibuches wegen in eine gut bezahlte Stellung gebracht. Ob das die Genossenschaft schädigt, daran fragt diese sozialistische Gesellschaft nicht, die Haupfarche für diese Sorte "Arbeitervertreter" ist, ihre "Größen" unterzubringen.

Und mit welcher rassierten SPD-Schiebung ging die Wahl Hochauß vorstatten?

Bei der abzulegenden Eignungsprüfung ging der „abgebühlte“ Anwärter, Angestellter Konzisch, Breitig, der in der Fronte aufgewachsen ist, als Erster hervor, sämtliche den in der Wahl gezogenen Bewerbern vorgelegten Fragen konnte er beantworten, was Hochauß nicht konnte. Hochauß blieb also in der Prüfung liegen und man wußt das Blatt, indem man den bestätigten Anwärter, der die Prüfung bestand, bei der Wahl sah. So sieht das mal wieder aus.

ein in die Kommunistische Partei, die einen ehrlichen Kampf für euch führt! * Arb.-Korr. 701.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluss vor unserem Berichterstatter des Röderthales mitgeteilt wird, hat er aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß ein Sturm der Entrüstung unter den Genossenschaftlern gegen die Zentrale Pulsnik und die Belebung der Lagerverwalterstelle durch Hochauß entbrannt ist. Die oppositionellen Genossenschaftler haben Proteststiftungen ausgelegt, um den Beginn der Tätigkeit Hochaus zu verhindern und eine Neuwahl zu erwarten. Wir schließen uns diesem Proteststurm bei. Greiflicherweise an und rufen allen Genossenschaftlern zu: Zeigt eure ganze Kraft und jetzt eure Freiheit der Zentrale gegenüber durch, verlangt, daß die Wahl Hochaus widertrüfen und eine unparteiische Neuwahl vorgenommen wird! Verlangt, daß der befähigte und einer Verzerrung genehme Anwärter

Angekettet Röschisch, Breitig, als Lagerverwalter gewählt wird! Der reformistischen Führerclique um Konzisch und Co. muß gezeigt werden, daß ihr Stolz leid als sei! Sie muß gezwungen werden, einzusehen, daß ihr Genossenschaft bildet, und nicht sie! Die Zentrale ist für euch da, aber nicht ihr für sie, und sie muß das ausführen, was ihr als Genossenschaftsleiter verlangt!

Niemand darf hinterher stehen! Jeder muß sich einzeichnen! Wer sich in die Proteststiftungen eingezeichnet, dienkt der Genossenschaftsbewegung!

Wer es unterläßt, sich einzuseinchen, begeht gleich der reformistischen Führerclique einen Verrat an der Genossenschaft!

Genossenschaftler!

Hintergeht auch die Zentrale trotz des Proteststurmes, so kündigt weitere Maßnahmen gegen sie an, um eine Neuwahl des Lagerverwalterpostens durchzuführen. Die Zentrale wird einzuladen müssen, wenn sie sieht, daß unter Hochaus Aera die Beteiligungsfeststelle noch weiter zurückgeht als unter Schletters Regierung.

Genossenschaftler, tut eure Pflicht, zeichnet euch in die Proteststiftungen ein!

Kämpft mit der Opposition für eure Genossenschaft!

Die Angst vor den Kommunisten

Königstein. Die letzte Wahl scheint dem Bürgermeister Meißner in Hütten ganz besonders in die Beine gefahren zu sein. Nehmen doch in Hütten die Stimmen der Kommunisten immer mehr zu. Unter den Arbeitern spricht man schon von einem Zweiten-Hütten. Da nun die Gemeinderatswahl nicht mehr weit ist, wird dem Herrn Bürgermeister schon folgendes angst gehen: doch dabei um seine Existenz. Wie ein Wilder töte er in den letzten Wochen gegen Arbeiter, die ihm kommunistisch erscheinen. Jeden einzelnen sprach er auf der Straße an und drohte, ihn anzusezieren, weil er kommunistische Wahlplakate angeklebt habe. Das gelang aber dem Herrn Bürgermeister nicht, weil er keine Beweise erbringen konnte. Durch solche Mittel lassen sich die Kommunisten nicht verschrecken. Nun verucht er es so, daß er denen, die ausgesteuert sind, weber Arbeit, noch Unterstützung gibt. Dafür erläuterte er, daß er nicht einzige, warum er Staatsaußiegler irgendwie helfen sollte. Einem Arbeiter will er sogar ins Arbeitshaus befördern. Er verweigert man den Arbeitern die Arbeit, und dann will man sie ins Arbeitshaus schicken. Wir glauben aber, daß diejenigen, die Arbeiter ins Arbeitshaus schicken wollen, selbst schon längst dazu reif wären.

Auf dem Arbeitsnachweis Königstein schlagen die SPD-Leute genau denselben Weg ein. Schulze jun. erklärte, daß er die kommunistischen Arbeiter schicken will, indem er ihnen keine Arbeit zuweist. Nur Bürgerliche und Sozialdemokraten erhalten noch Arbeit. Daß der Kapitalismus hierbei Bütteldienste geleistet werden geht dabei am deutlichsten hervor. Die Betriebe müssen geschürt werden vor Arbeitern, die ihr Recht fordern. Der Ausdeuter will geduldige Schäfchen haben. In der Deutschen Reichsverfassung Artikel 183, steht würdig:

Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen nötigen Unterhalt gesorgt.

Dieselben Sozialdemokraten, die jedes Jahr die Verfassung feiern, sind es, die heute gerade das Gegenteil tun von dem, was in der Verfassung steht. Für sie ist nur der Artikel 48 da, alle anderen sind ihnen böhmische Dörfer. Die Arbeiterschaft von Hütten und Königstein wird zur Gemeinderatswahl im Herbst die richtige Antwort geben. Arb.-Korr. 778.

Splitterfrisse bei der Arbeit

Eine Liste der Renegaten gegen die SPD auch bei den Elternratswahlen!

Schachwitz. Die Landtagswahlen haben wohl mit seitener Klarheit gezeigt, daß das revolutionäre Proletariat Personalkraft in seiner Mehrheit ablehnt und fest und unerschütterlich zur SPD, der einzigen revolutionären Partei, steht. Trotz wütiger Hege, angefangen von den Deutschnationalen bis zu den Brandenburger, vermochte die Partei sich zu halten. Es dürfte wohl im Wahlkampf keine so aufsehende Gruppe gegeben haben als die Brandenburger. Wenn man die Schachwitzer Verhältnisse unter die Lupe nimmt, kann man allerhand interessante Einzelheiten ersehen. Sehen wir uns die Arbeit unserer 100prozentigen Oberholzschwetzk etwas näher an. Zu finden wir: nachdem der Sturm sich gelegt, steht man von den Leuten ganz leichten etwas.

Es war vier Wochen vor der Wahl, als Schreiter mit seinen Leuten bereits ganz Schachwitz und Umgebung mit Plakaten besetzte, Brandenburger in einer öffentlichen Einwohnerversammlung sprach, dort aber nicht den erwünschten Erfolg land.

In dieser Versammlung wollte Schreiter auch über seine Arbeitsschäfte sprechen. Die Versammlung wurde infolge vorgeschickter Abbrüche und Schreiter „verprüft“, sofort noch eine neue Versammlung einzuberufen, wo er über seine Arbeitsschäfte referieren sollte. Aber diese Versammlung wurde niemals vom Stapel gelassen. (1) Es gab hier sehr viele, die den Bürgermeister als Kandidat nicht mehr haben wollten. Deshalb mußte man alle Kraft aufs Land verlegen, denn es galt, eine neue, ländliche, einkommunistische Position zu erringen. Da die Brandenburger aber in Sachsen keine Leute zu Wahlarbeiten hatten, wurden die Schäfchen aus äußerste angespannt. Die Verhöhner, wie Paul Braun und Hermann Bühn, leisteten offiziell Arbeit für die Linke 7. Gerade bei Braun zeigte es sich, daß die Partei auch mit den Verhöhnlern endgültig Schluss machen muß. Alles wurde von Schreiter veracht, um Boden zu gewinnen. Während es sonst üblich ist, bei Belebung der Wahlämter aus allen Parteirichtungen Leute heranzuziehen, wurden diesmal die Mitglieder der Kommunistischen Partei vollständig ausgeschaltet. Man mußte doch zeigen, daß man nicht umsonst mit 80 Unterschriften nominiert hatte. Das Wahlresultat jedoch war eine absolute Niederlage. Über will sich Schreiter etwa auch damit beschämen, daß er in Schachwitz keine Möglichkeit gehabt hätte, zu reden, und seine vielversprechende Einheitsfront nicht zur Anwendung bringen konnte? Das Gegenteil ist der Fall. Er hat die Haken der SPD in die Kieche gelegt.

Aber wird davon entheilt, aus der Geschichte zu lernen, beginnt Splitterfrisse sein Spiel aufs neue.

Für Freitag, den 24. Mai, hatte die SPD-Ortsgruppe eine öffentliche Einwohnerversammlung einberufen, die gut besucht war. In dieser Versammlung waren die Anhänger Schreiters besonders eingeladen. Wer aber geglaubt hatte, das Schreiter den Hut hätte, dort seine "Postit" zu verteidigen, war auf dem Holzweg. Schreiter hatte es vorgezogen, eine kleine Gegenversammlung seiner Anhänger nach Lehmanns Restaurant ins Vereinszimmer einzuberufen, wo er den "alten Mann" spielen konnte.

Es ist nämlich interessant, zu wissen, daß an demselben Tage der Wahlkampf für die Elternratswahlen antrat. Es sei auch hier ein kleines Stimmungsbild gegeben. Der Elternrat von Schachwitz umfaßte voriges Jahr die Schulen "Am Werk", "Am Sonn-", "An der Aue". Die Zusammenstellung war: 8 mit 1. Linke, 4 christliche Vertreter. Durch ministerielle Befreiung tritt dieses Jahr eine Aenderung ein, und zwar, daß für jede Schule eine besondere Linke eingerichtet werden muß. Jede Linke muß durch 20 Unterschriften bestätigt werden. Die SPD lehnte es ab, mit der SPD eine gemeinsame Linke einzurichten. So marchiert also dieses Jahr jede politische Gruppe getrennt.

Natürlich mußte Schreiter auch hier sein verbrecherisches Werk des Verlusts der Spaltung fortsetzen. Er reichte eine Linke mit dem Kennwort "Kind in Not" ein, aber nur für die Schule "An der Aue". Für die Schule "Am Sand" brachte er die 20 Unterschriften nicht zusammen, sowohl sich hier kein Gefundene Bürger die

Wie lange werden sich wohl seine Anhänger diese Spaltungspolitik noch mit ansehen? Schachwitz darf wohl das einzige Dorf in Sachsen sein, wo man dieses traurige Spiel eines Renegaten beobachten kann. Vier Dörfer sind eingereicht. Durch das Los wurde entschieden: Linke 1 SPD, Linke 2 SPD, Linke 3 SPD (Opposition, nur für die Schule "An der Aue"), Linke 4 Christliche.

Genossen und Genossinnen! Es gilt, mit aller Kraft an die Arbeit zu gehen und für die Linke 1 zu werben!

Am Freitag, dem 7. Juni, veranstaltet die Partei im Schachwitzer Gasthof im großen Vereinszimmer eine öffentliche Elternversammlung, wozu hiermit besonders eingeladen wird. Arb.-Korr. 776.

Schachwitz. Im Gasthof Schachwitz ist eine Ausstellung der Dresdner Arbeiter-Kotografen zu sehen. Geöffnet Freitag und Sonnabend von 16 bis 20 Uhr und Sonntag von 8 bis 20 Uhr. Reger Besuch können wir den Schachwitzer Arbeitern nur dringend empfehlen.

Hirschfelde. Am Sonntag dem 26. Mai fand für den Zentralwahlbezirk Hirschfelde die Elternratswahl statt, die einen vollen Erfolg für die fortschrittlich Denkenden brachte. Auf Linke 1 (Schulfortschritt) wurden 248 Stimmen abgegeben, gleich 9 Mandate, und auf Linke 2 (Christliche) 246 Stimmen, gleich 6 Mandate. Die Wahlbeteiligung betrug 88 Prozent. Trotz der großen Auslage von Flugblättern, die verteilt wurden und Plakaten, konnten es die Christlichen nur auf 6 Mandate bringen und büßten ein Mandat ein. Hätten alle Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, würde der Erfolg für den Schulfortschritt noch bedeutend größer sein, hat doch die Elternschaft auf 2 Jahre ihre Vertretung gewählt.

Wurgwitz. Am kommenden Sonntag wird der erste Spatenstich zum Bau einer Turnhalle vorgenommen. Alle Sparten, Sportlerinnen, Sportler und Kinder stellen sich 8.30 Uhr vormittags an der Oberhermsdorfer Straße zu einem gemeinsamen Befreiung durch den Dr. 8.30 Uhr stellen sich dann alle übrigen Berufsangehörigen am Gasthof Richter Wurgwitz-N. zum gemeinsamen Abmarsch nach dem Sportplatz. Den Abschluß der Marche dürfte zweifellos das Fußballspiel der beiden ersten Mannschaften Wurgwitz-Ludwig, das 17 Uhr beginnt, bilden.

Keine Teilnahme der Reichs- und sächsischen Regierung an der Meißner Jahrestaufendstier

Wie der Tolunion-Sachsenlandstier erhält wird die jährliche Regierung sich an der Jahrestaufendstier in Meissen nicht offiziell beteiligen. Ebenso haben der Reichsländer (1) und der Reichswirtschaftsminister ihre Teilnahme an den Feierlichkeiten zurückgezogen. Nach privaten Erfüllungen soll der Grund für die Nichtbeteiligung der Regierungsvertreter in der Abstimmung des Ehrenbürgertrecks der Stadt Meissen an den Reichspräsidenten Hindenburg zu hohen sein.

An amtlicher Stelle wird die Richtigkeit dieser Meldung bestätigt und erklärt, daß man auch von der Abstimmung der Reichsregierung unterrichtet ist. Über den Grund der Abstimmung schweigt die amtliche Stelle. Uns interessiert nur die Feststellung, daß der Sozialdemokrat Müller "schmolzt", weil Paulsen nicht als Ehrenbürger in Meissen einzischen darf. Die Meißner SPD wollte es doch so...

Überall steht die schwarze Reaktion vor

Schon wieder ein Sachse in Sachsen wegen Religionsförderung verhaftet!

Aus Rumburg wird gemeldet, daß wegen mutwilliger Religionsförderung der 20 Jahre alte Schlosserpolize Bruno Klemm aus Röckwitz in Sachsen inhaft genommen wurde. Klemm hat seinem Auftritt wegen einer iherischen Einladung

E

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost Sachsen

E

Das Richtige in Herren- und Knabenbekleidung für Straße, Sport und Arbeit finden Sie bei:

Hanisch, Dresden Straße 11, 1 Minute vom Bahnhof

E. Fischer, Webenwaren, Tücher u. Spred-
mäder, Metzgerzubehör, Schreibwaren
u. Reisekofferwaren — Fleischwaren, 43

Lebensmittel
Erich Seiffert, Ringstraße 1

Johann Seiffert, Schreiber

H. Fleisch- und Wurstwaren

Steinmeier

H. Müller, Weißstraße 3

Holz- und Lohenginhandlung

Hans Lange

Königstraße 22

Kolonialwaren, Spirituosen, besonders Wuchs.
Dessau, Bildner, Königstraße 13

Richard Müller

Rundgewerbliche Seife und Silberblümchen
Nahen, Bergstraße 26

B. Dietrich, Jak. B. Koll

Sabatini, Fleisch- und Wurstwaren-Bereitsteller

Gaststätte Schweizerhaus

H. Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt

B. Heintz

Bergstraße 12

Max Henker

Uferstraße 6/8

Kohlen / Briketts / Brennholz

Spedition / Möbeltransport

50

Max Seiffert

Bergstraße 13

Bildnerwaren, Kolonialwaren, H. Müller, Wurstwaren

50

Sprechapparate und Platten

Schreiber, Wäsche- und Kleidermöbeln

Kurt Wagner, Rittergasse 2

416

Weinböhne

H. Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt

B. Heintz

Bergstraße 12

Würzelgeschäft Rudolf Hermann

Bergstraße 46

Weinböhne zur Weiberküche — Weiz-Gewürz-

würzung, Tel. 37 — Hermann Schötz

174

Lebensmittel, Kolonialwaren empfiehlt Paul

Hochreit, Schönhauser Straße 17

175

Seif. u. Seife in jek. Tas leistet man am best.

bei Stieglitz u. Seife, Udo Götz u. Schönreiter

176

Stieglitz u. Wachsmasse empfiehlt

Kurt Wagner, Rittergasse 13

177

Reinhold Jillex, Magistrale 26

Brat., Weiß- und Fleischwaren

178

Seifen- und Damenschiff-Salon

Emilia, Rittergasse 47

179

Gasthaus, am Bahnhof

Seif. u. Kosmetiksalon, Weißbäckerei

180

Dose, Rüdigerstraße, Siedlungs-, Eisenwaren,

B. Werner

Wittenbergsstr. 7

181

Gasthaus, Bödker, Südt. Kreis. u. Kaffee,

Ümländiger Fleischhauer — Tel. 109

182

Die Wurst, Rittergasse 14

Brat., Weiß- und Fleischwaren

183

Weinböhne Met- und Fleis-Zentrale

am Bahnhof / Herren- und Damen-Hösle in

er Anzahl zu billigen Preisen empf. Lieb-

scher & Jähne, Triestehöfe binn 24-55, Tel.

184

Georg Reichel, Bergstraße 41, Feinkostsalon,

Tiefkühler, Käse, Gewürze, Würste

185

Lebensmittel, Obst und Gemüse

empfiehlt Otto Nag, Weißstraße 20

186

Mirred Winter, Dresden-Straße 61

Brat., Weiß- und Fleischwaren

187

Emil Schreiber

Kolonial- und Wurstwaren

188

Lebensmittelgeschäft

Paul Kauer

All-Cosritz, I

189

Bad / Restaurant Erholung

Ide Schönitz

Cosritz

Lebensmittelgeschäft

Paul Kauer

All-Cosritz, I

190

Dresden-Kemnitz

Bad / Restaurant Erholung

Ide Schönitz

Cosritz

Lebensmittelgeschäft

Paul Kauer

All-Cosritz, I

191

Reichenau

Bad / Restaurant Erholung

Ide Schönitz

Cosritz

Lebensmittelgeschäft

Paul Kauer

All-Cosritz, I

192

Metten

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

193

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

194

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

195

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

196

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

197

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

198

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

199

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

200

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

201

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

202

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

203

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

204

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

205

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

206

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

207

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

208

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

209

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

210

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

211

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

212

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

213

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

214

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

215

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

216

Wurst, Fleisch- und Wurstwaren

217

Wurst, Fleisch- und Wurst

WESHALB NUR GEG-FAMOS ZUM WASCHEN?

Weil
es der geplagten Hausfrau
UNBEZAHLTE ERLEICHTERUNGEN
schafft.

Erhältlich in allen Verteilungsstellen des

Konsumvereins

VORWÄRTS

Abgabe nur an Mitglieder

Abgabe nur an Mitglieder

Fahrräder

Mäntel, Schläuche,
Ketten, Pedale, Lampen
und sämtliches Zubehör

Lauft man am besten

im Fachgeschäft bei
Max Schäfer

Pirna, Schössergasse 3
Sämtliche Reparaturen

Nebensmittel Tabake * Zigarren

gut und billig
Hauwald, Pirna, Markt

Fahrräder, erstklassige
Marken
Motorräder, als
D. M. W. — D. K. W.
Ardie / Imperia / D-Rad
Auch auf Ratenzahlung und Besitzergänzung
zu Varietät ohne Verbindlichkeit. Große
neuerliche Reparaturwerkstatt

Willy Haak, Fahrzeug-Haus
Pirna-Copitz, am Rathaus

Frinds Opeiräder
für Herren 98.50 RM.
für Damen 105.50 RM.
Pirna, Breite Straße 12

**Eingang Irischer
Schlesischer Eier**
Sack 10 Pf., empfohlen
M. Leppert, Pirna
Mietz und Waisenhausstraße 14

**Fahrräder / Nähmaschinen
Reparaturen**
Rudolf Schüttig, Neundorf
Fahrräder- und Motorradhandlung

Das Fahrgeld nach Dresden
kommen Sie sich sparen!
Reell und sehr preiswert:
Lederjacken / Anzüge / Mäntel / Sport-
bekleidung / ft. Wäsche / Gardinen
Rich. Ruffig, Pirna
Braustraße 11 — Telefon 552

Schuhbesohlung
Herrn 4.80 Mark, Damen 3.80 Mark, nur bei
Großschuhreparatur Ago
Pirna, Waisenhausstraße Nr. 14

**Auto-Fahrsschule
Bieberstein**
Pirna: Dohnascher Platz 8
Pirna-Copitz: Bährs Hotel



Fast wie neu

werden Ihre getragenen, unansehnlich
gewordenen Schuhe durch das neue

Solitaire- Auffärbe- Verfahren

Das nötige Material kostet für 1⁴⁰
2 Paar Schuhe

Vorführung

im Erdgeschoß ab

Freitag
den 31. Mai

Rexka

Ein- u. Verkauf

Wir
reinigen **Bettfedern** sauber und gut
das Pfd. für nur 10 Pf. netto

Außerdem empfehlen wir:

Bettfedern doppelt gereinigt, staubfrei, das Pfd. 4.50

Inlett echt rot und Türkischrot 82 cm breit..... 1.70

185 cm breit 5.20, 4.70, 4.20, 2.80

5% Rabatt des Zittauer Sparvereins

Schweizer-Bazar

Zittau, Weberstraße 16 / Fernruf 2621

NOACK

Friesengasse 3 Kesselsdorfer Str. 44
Obergraben 13

Großes Konserven-Angebot

Um mein großes Lager in Konserven
schnellstens abzustreifen, vergütete ich auf alle
Konserven, solange Vorrat, 10% Rabatt

	Kilodose	Kilodose	
Karotten	0.45	Erdbeeren	1.50
Karotten, gewürfelt	0.45	1-Pfd.-Dose	0.95
Junge, xl. Karotten	0.55	Birnen	0.95
Oemäusebissen	0.60	Aprikosen	1.40
Junge Erbsen	0.70	Weintrauben	1.05
Junge Erbsen, mittell.	0.85	Kirschen, schwarz	1.10
Jung. Erbsen, klein	1.40	Heldelbeeren H.	0.95
Apfelmus	0.70 u. 0.80	Sentjurken	1.20
Pflaumen ohne Stein	0.85	Steinplätzle	2.50
4-Pfd.-Dose mit Stein 1.50		1-Pfd.-Dose	1.50
Mischgemüse	0.70	Sellerie in Scheiben	1.10
Leipziger Allerlei	0.80	1-Pfd.-D. Linsen, essigzug. 1.80	
Schuhböhnen	1.05	Stängelspargel, stark	
Schnittbohnen	1-Pfd.-Dose	1-Pfd. Jose	1.60
Spinat	0.50	Spinat	0.50
Spinat, rück eingek.	0.60	1-Kilo-D. Ananas	1.40
1 Lit.-D. Breitköringe	0.85	1-Kilo-D. Pfirsiche	1.40
1 Lit.-D. Grießheringe	0.85	1-Kilo-D. Pflaumenmuss 0.75	
1 Lit.-D. Polliospargel	0.85	1 Lit.-D. Blaumarkt	
1 Lit.-D. Heringe	0.85	Heringe	1.30
1 Lit.-D. romsardinen	0.85	1 Pfd. Olivenöl	1.30
		1 kilo Tomatenpüree	0.70

Getrocknete Früchte u. Pilze

	2 Pfd. kall. Orangen	2 Pfd. kall. Orangen	
1 Pfd. Mischung	0.46	Riesenspaläone	0.85
1 Pfd. Steinpflaume	0.85	1 Pfd. Ringdösen	0.95
1 Pfd. Karotten	0.85	3 Pfd. Sultana	0.95
3 Pfd. Elsene-Rosinen	0.85	2 Klubd. Ostardinen	1.00
1 Pfd. grün. Aprikosen	0.85	4 Dosen Ulsardinen	1.00

Marmeladen, Käse, Konfitüren und Del

	1 gr. Pf. Erdbeerkonf.	1 gr. Pf. Himbeer-ait.	
1 gr. Pf. Zitronensaft	0.85	1 Pf. Olivenöl	1.40
Aprikosenmarmelade	0.85	Aprikosenkonfitüre	1.20
Pflaumen-öfflur	1.00	Orbeerkonfitüre	1.00
Jonasminzbeerkonf.	1.40	Himbeerkonfitüre	1.00
2 Pfd. Erdnuss	0.85	3 Pf. Haselnüsse	0.95
		Speisezwiebeln Pfld 17, 3 Pfld. 50 Pf.	

Bowlenweine

	Edenkobener	Apfelwein	
Zeller	0.85	Sekt	0.60
Kaiserschläfer	1.10	Ostseit.	1.50
Markammetter	1.30	Sachsen-Trocken	1.80
Küdesmeier	1.80	Perle-Stoltz	2.20
Blüher-Rosengarten	1.80	Sekt Reinhart	4.80

Deutscher Wermut

Bohnenkla. hoch. Bergunderwein

Um mein großes Lager in obigen waren schnellstens abzustreifen, vergütete ich auf alle
Konserven, solange Vorrat, 10 Prozent Rabatt in bar.

Lampenzucker, 3 Pfld. 95 Pf., 10 Pfld. 3.10,- Pf.,
unter 30 M.

Kaffee-Spezialmixung

geröstet hochfein mit 1 Pfund Zucker, M. 3.00

Feinsteiner Guatemala-Perl., hochfein,
mit 1 Pfund Zucker

4 Pfld. gebrann. Gerasie

4 Pfld. gebrann. Korn

3 Pfld. Maiskeks

4 Pfld. à 100 Gr., Feigenküffel

Schokoladen und Kakao

4 große Tafeln Vollmilchschokolade

6 große Tafeln Cremeschokolade

10 Tafeln à 50 Gramm, Spisschokolade

3 Tafel. à 100 Gramm, Rosenschokolade 95 Pf.

Einem großen Posten Oberl. Kakao, M. 1.40,-

½ Pfld. solange Vorrat

Pfund 75 Pf.

Schokoladenpudding

3 Pfld. 25, 12 Pfld. 95 Pf.

Puderpudding

8 Pfld. 20, 14 Pfld. 95 Pf.

Seifen und Waschartikel

Kernseifen

Ca. 1000-Gr.-Riegel

0.85

0.65

“ 500 “ 0.45

“ 250 “ 0.22

“ 200 “ 0.17

“ 200 (fr. Benzins) 0.25

Seifenstücke

Salman, rot, Pfund-P. 0.20

“ weiß .. 0.25

“ weiß .. 0.25

“ weiß .. 0.25

Klemmaseife

0.85

Blumenseife

0.45

Blumenseife

0.45

Seuhcreme

Magie, erdat. Nigrin

Bohnerwachs .. Kilo 1.20

Auf Seifen und Waschartikel 10%

Von 20 M. an in Dresden Lieferung frei Haus.

Aussperrung in der münsterländischen Textilindustrie

Da sich die Textilarbeiter weigerten, den Schiedsspruch, der den Arbeitern eine einprägnante Lohnverhöhung brachte und der im Dezember v. J. für verbindlich erklärt wurde, durchzuführen, kam es zu Konflikten, die in Münsterländen, im Münsterland zur Kündigung von über 1000 Textilarbeitern von Seiten der Unternehmer führte. Die Arbeiter eines anderen Betriebes, deren Unternehmer sich wochenlang weigerte, die Lohnverhöhung zu zahlen, traten trotzdem die Leitung des Christlichen Textilarbeiterverbandes alles unternahm, um die Arbeitnehmer vor der Arbeitsniederlegung zurückzuhalten, in den Streit. Die Christen erklärten den Streit für einen „wilden“ und verwirgten jede Unterstützung der Streitenden. Diesen Streit nahmen die Unternehmer zum Anlass, um weitere 3000 Textilarbeiter zu kündigen. Die Aussperrung trat am 1. Juni in Kraft. In Frage kommen insgesamt etwa 5000 Arbeiter, von denen 65-70 Prozent Frauen sind.

Neuer Konflikt in der Münster-Gladbach Textilindustrie

Die Textilarbeiter von Münster-Gladbach-Rheindorf haben den von den Reformisten im vorigen Jahre als großen „Erfolg“ bezeichneten Schiedsspruch in den letzten Monaten zur Gewissensbelastung gemacht. In einer Reihe von Betrieben kam es zu fortwährenden Differenzen über die Auslegung des Schiedsspruchs. So beobachteten Erfolg preisen damals die Reformisten, daß der Schiedsspruch den Arbeitern 6 Ferientage brachte. Jetzt erklären die Unternehmer, daß 6 Tage Ferien nur die erhaltenen sollen, welche die ganze Woche voll arbeiten. Die Arbeiter, die kurzarbeiten, sollen nur 3 bzw. 4 Tage Ferien erhalten. Der Schiedsspruch hat sich die Argumente der Unternehmer zu eignen erachtet und den Unternehmern recht gegeben. Die Konflikte im Münsterland und in Münster-Gladbach beweisen, daß die Textilarbeiter, ermutigt durch das dauernde seige Juridizismus der Gewerkschaftsleiter ans Gang gehen. Die Erregung in den Münsterbacher Betrieben ist sehr stark, die Lage spielt sich zu, und es ist, wenn die Unternehmer auf ihrem Standpunkt verharren bleiben, kurzen mit betrieblichen Auseinandersetzungen zu rechnen.

Worum Betriebsgruppen der IAH?

Die Bedeutung der Internationalen Arbeiterhilfe als einer Hilfsorganisation der proletarischen Massen zur Führung ihrer sozialistischen Kämpfe wächst mit der allgemeinen Zuspaltung der Klassegegenstände und der damit verbündeten fortschreitenden revolutionären Wandlung der Gewerkschaftsbürokratie. Die besondere Aufgabe der Internationalen Arbeiterhilfe besteht neben der sozialen Tätigkeit in allgemein propagandistischer und sozialpolitischer Hinsicht in der Förderung der proletarischen Solidarität unter den proletarischen Massen mit ihren kämpfenden Arbeiterkämpfen und in der Organisierung einer schnellen materiellen Hilfe für die im Kampfe mit den Ausbeutern stehenden Arbeiter, die in großer Notlage durch die langandauernde Verdienstlosigkeit geraten.

Die Unterstützung der kämpfenden Arbeiter, ebenso wie die Organisierung und Führung der Kämpfe müßte die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften sein. Nachdem sich jedoch die sozial-imperialistischen Führer der Verbände auf den Boden der kapitalistischen Republik gestellt haben und die kapitalistische Wirtschaft und ihre imperialistische Entwicklung mit Einhalt ihres ganzen politischen und organisatorischen Einflusses fördern, lehnen diese Führer die Durchführung dieser wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsverbände ab und sabotieren auch die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter. Ebenso wie die revolutionäre Opposition darauf mit der Herausbildung einer neuen Führung für die Arbeiterklasse durch von den Massen gewählte Kampftaktiken antwortet, ist es die Aufgabe der Internationalen Arbeiterhilfe, die Organisierung der dringlichsten materiellen Hilfe bei Streikkämpfen und Ausperrungen in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit zu stellen.

Das hat einige Konsequenzen für die organisatorische Struktur großer proletarischer Teile der Internationalen Arbeiterhilfe, die sich immer mehr wichtiger ihrer Aufgaben anpassen müssen. Zur Hebung der proletarischen Solidarität und zur sozialen Organisierung von materiellen Hilfsmitteln für kämpfende Arbeiter ist eine umfassende revolutionäre Propaganda unmittelbar unter den Arbeitermassen die wichtigste Voraussetzung. Diese Propaganda kann am wirkungsvollsten im Betrieb selbst getrieben werden, da hier die besten Grundlagen und die vielseitigsten Anknüpfungsmöglichkeiten vorhanden sind. Auch die Sammlungen für kämpfende Arbeiter sind, soweit sie unter den Arbeitern durchgeführt werden, am erfolgreichsten im Betriebe selbst zu organisieren.

Um diese Arbeit zu leisten, ist es jedoch notwendig, daß sich die Mitglieder der Internationalen Arbeiterhilfe in jedem wichtigen Industriebetrieb zu Betriebsgruppen zusammen schließen und gemeinsam mit den übrigen im Betrieb vor-

Berbandstag der Zimmerer

Zum 27. Mai wurde im Kieler Gewerkschaftshaus der 25. Ordentliche Berbandstag der Zimmerer Deutschlands eröffnet. Von den üblichen Begrüßungsansprachen ist nur erwähnenswert die Tatsache, daß Bernhard, der Vorsitzende des Baugewerksbundes, mit seinem Wort den Industriekampf erwähnt. Bei der Konstituierung des Verbandes wurden alle Vorhängen der Opposition von der reformistischen Mehrheit lächelnd abgelehnt, ebenso alle Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung, die gefasst ist, daß man ihren Zweck, die Wundtymachung der Opposition auf den ersten Blick erkennen kann. Der Verbandsvorstand Wolgast gab den Bericht des Zentralvorstandes, wo er wohl von Wirtschaftsdemokratie sprach und die sozialdemokratische Koalitionspolitik verherrlicht jedoch ebenfalls mit seinem Wort den Industriekampf erwähnte. Ebenso wenig ging es auf das miserable Ergebnis der Frühjahrslohnbewegung ein. Für den Reformisten Wolgast war es auch nur selbsterklärend, daß er auch über den Kampf gegen die Kriegsgefahr nicht sprach.

Der Bericht des Kassierers war lediglich ein Loblied auf die geselligen Verbandskosten. Die Verteilung der Verbandsausgaben zeigt aber, daß auch der Zimmererverband immer mehr seinen Charakter als Kampforganisation verliert und bereits zum Unterstützungsverein herabgewürdigt wird. Es wurden ausgegeben: für Streiks und Lohnbewegungen 225.857 M. und für Erwerbslosenunterstützung 1.899.948 M.M. Also an Verwaltungskosten wird mehr ausgegeben, als für den Kampf um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter.

Der Redakteur des Verbandsorgans erklärte, daß er trotz der vielen vorliegenden Anträge, die sich gegen die einzelne parteipolitische Schreibweise des Verbandsorgans richteten, noch wie vor für Wirtschaftsdemokratie und für die sozialdemokratische

Koalitionspolitik schreiben würde. Für den Verbandsausschuß berichtete Kugel (Berlin).

Genosse Piechuch (Berlin) unterzog die Politik der Verbandsleitung einer scharfen und sachlichen Kritik, wobei er sich insbesondere gegen die Spaltungsmahnmahmen der letzten Zeit wandte. Nachdem er in längeren Ausführungen gezeigt hatte, wie durch die reformistische Lohn- und Tarifpolitik die Lage der Arbeiterschaft immer schlechter wurde und die Unternehmer zu immer neuen Vorhängen ermuntert werden, schloß Genosse Piechuch mit dem Gedanken, daß die revolutionäre Opposition den Kampf fortführen wird. Die überwältigende Mehrheit der Berliner Zimmerer steht hinter der Opposition, ebenso große Teile der Mitgliedschaft im Reich. Getragen vom Vertrauen der Arbeiter wird die Opposition die revolutionäre Strategie und Taktik durchsetzen.

Genosse Große (Berlin) spricht über die Zustände der Bauhüttenbetriebe. An Hand von Beispielen aus der Praxis zeigt er die arbeiterfeindlichen Methoden der reformistischen Bürokratie, die an der Spitze der Bauhüttenbetriebe steht. Seine Ausführungen machen einen tiefen Eindruck auf die Delegierten und wurden selbst von sozialdemokratischen und parteilosen Delegierten durch Jurasche unterstellt.

Genosse Ebert (Schwerin) schildert die Lage in seinem Gau und weist an Hand von Tatsachen nach, daß im Zimmererverband von proletarischer Demokratie nicht mehr gesprochen werden kann, sondern daß in ihm die Diktatur des Zentralvorstandes, der Gauleiter und der Angestellten herrscht. Genosse Ebert verfasst Rundschreiben des mecklenburgischen Gauleiters, die beweisen, daß dieser Reformist den Verband in den Dienst der sozialdemokratischen Parteipolitik gestellt hat.

Vergeblich versuchten drei reformistische Diskussionsredner die Ausführungen der oppositionellen Kameraden abzuschwächen.

Der Bericht der Mandatprüfungskommission, den Steinfeld (Hamburg) erhielt, zeigte, daß es die in ihrer Mehrheit reformistische Mandatprüfungskommission nicht gewagt hatte, dem Genossen Kreuzburg das Mandat abzuerkennen, wie sie es ursprünglich geplant hatte. Das ist dem mutigen Auftreten der Opposition zu danken.

Das Ergebnis des ersten Verhandlungstages war unzweifelhaft ein Erfolg für die Opposition, die durch ihr entschlossenes Auftreten die vom Zentralvorstand gewünschte Vogtomstimmung verhinderte.

Verheiratete Arbeiterinnen erhalten keine Erwerbslosenunterstützung mehr

Die verheirateten erwerbslosen Arbeiterinnen von Elbing erhielten dieser Tage vom dortigen Arbeitsamt folgendes Schreiben:

„Nach § 113 Abs. 1 Ziffer 4 ABGB darf Arbeitslosenunterstützung nicht gezahlt werden, wenn ein aus einer verhältnismäßiglichen Beschäftigung Entlassener in seinem eigenen oder in einem fremden Betrieb ohne Entschädigung tätig ist. Ein Betrieb in diesem Sinne ist für Ehefrauen auch die Hauswirtschaft, wie fürstlich von der Sprachammer eines Vandessarbeitsamtes entschieden worden ist. Auch Sie sind in Ihrer Hauswirtschaft tätig, nach der erwähnten gleichlängen Bestimmung muß Ihnen die Arbeitslosenunterstützung hiermit entzogen werden.“

Das Arbeitsamt Elbing hat den erwerbslosen Arbeiterinnen die Unterstützung gewährt auf Grund des Syrup-Erlusses, der im Einverständnis mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbänden vom Präsidenten der Reichsanstalt erlassen wurde. Die betroffenen Frauen haben nichts als eine elende Proletarierwohnung und sie sind, wenn sie nicht verbungett wollen, auf Arbeitsverdienst oder Unterstützung angewiesen. Aber lediglich, weil sie mit miserabel entlohnt und teilweise arbeitslosen Proletarien verheiratet sind, wird ihnen die Unterstützung entzogen.

Die kommunistische Presse hat sofort darauf hingewiesen, daß der Syrup-Erluss u. a. auch den Unterstützungsraub an den verheirateten Frauen anordnet. Dem Beispiel Elbings werden weitere Arbeitsämter folgen. Das ist die „Hilfe“ der SPD für die vom Kapitalismus auf die Straße geworfenen Arbeiterinnen.

In Elbing werden sich die betroffenen Frauen wie alle Arbeiterinnen mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wehren. Elbing ist aber eine Warnung an alle Arbeitslose, an alle Arbeiter. Nur durch sofortige energische Gegenwehr kann verhindert werden, daß die SPD-Minister und Gewerkschaftsbürokraten einer Schicht nach der anderen die Arbeitslosenunterstützung rauben.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik: Richard Spengler; für Gewerkschaftliches: Albert Höller; für Kultur, Gesellen und Sport: Willibald Horner; für den Interessenrat: Arthur Burkert; Kunsthalle Dresden. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Druck: Veneg, Dresden

Brennende Ruhr

Roman von Karl Grünberg

Betriebszellen und Betriebsvertreter!

Heute 19.30 Uhr, im Saal der IAH

Poppitz 18, wichtige Versammlung

Genosse Kurt Sindermann spricht über:

Wirtschaftskämpfe und IAH

„So, so, Hoffmannstrophen hast du dir geholt. Hast jedenfalls Bauchschmerzen, — na, das kommt ja im Krieg vor! Ich dachte schon, die Kompanieführer lassen sich hier gleich im Feldlazarett nieder! Nach dem, was ich hören in Baldingraff gesehen, sind hier ja überhaupt merkwürdige Zustände eingezogen.“

Grothe zufrieden, eine Abteilung zu haben, ließ sich alles genau erzählen und war sofort Feuer und Flamme.

„Was willst du machen?“ fragte Ruders, als Grothe auf einer Torpedohölle mehrere schrille Signale abgab, die alsbald irgendwo beantwortet wurden.

„Entwaffnen ist vor allen die Kerle, ihnen die rote Binden abnehmen, die sie entehrt haben, und dann bringe ich sie auf das Lautende, daß sie die Hosen verlieren. Solche Schweinearten greifen um sich wie ein Flugfeuer, zum Vergnügen des Herrn Watier!“

Vorgerissen erst haben wir einen Marodeurhausen entwaffnet. Die Kerls wollten sogar schwören. Wenn die ganze Geschichte nicht soviel zu Ende ginge, hätte ich alle vierzehn an die Wand gestellt. Ohne Disziplin ist nichts zu machen — aber die Verhältnisse werden härter und Not bricht Eisen.“

„Sie waren weitergehend auf dem Dorfanger angelangt, wo bereits die Komparsen im Antreten begriffen waren.

„Wirst gleich sehen, daß wir noch Zug und Disziplin haben. Jahrhundert hatte die Kompanie ja mächtig verlutzt. Das kam daher, weil ihm jede innere Gemeinschaft mit den Arbeitern fehlte. Sie gehorchten ihm nur, soweit sie ihn haben.“

„Und wie macht sich denn der Herr Kommandeur? Überigens wo steht er eigentlich?“ fragte Ruders.

„Augenblicklich ist er vorne in Stellung. In dem hat sich mancher geirrt. Ein Dutzend solcher Leute noch in führender Stellung, — ich glaube, wir ständen anders da. Die Mannschaften haben vor ihm den größten Respekt, da er von keinem mehr als von sich selbst verlangt.“ war die Antwort.

„In wenigen Minuten war die Kompanie in zwei Gliedern angezettet. „Hallo, ist das nicht Ruders? — Glück auf, Piderose, was gibt's Neues? Wo hast du unsre Stiefel?“ — rief es ihm entgegen.

„Kompanie! Willkommen!“ schallte der Führer jede Unterhaltung ab. „Kameraden! Wieder einmal müssen wir eine Bande von Marodeuren unzählig machen. In Baldingraff geht es drunter und drüber. Man hat sogar den Kommandeur weggejagt. Das dürfen wir nicht dulden. Anarchie im Küsten ist schlimmer als der Feind vor uns, denn sie zieht uns den Boden unter den Füßen weg, nimmt uns den letzten Haft, — Abzählen zu Bieren!“

„Stimmt schon, Peter. Meine Kompanie liegt augenblicklich hier beim Stab in Reserve. Gleich kommt der Kirche haben wir drei Scheunen in Belag. Die Leute sind gerade beim Abstellen, und da bin ich schnell einmal herüber gesprungen, um mir ein paar Hoffmannstrophen zu holen,“ antwortete Grothe. Während Mary über und über rot wurde.

„Willst du uns begleiten?“ wandte er sich an Ruders.

„Ich muß erst Suckow sprechen, kannst du mir nicht jemand mitgeben, denn allein werde ich ihn wohl schwer finden,“ gab dieser zurück.

„In Gruppen rechtschwenkt, marsch! — Das geht schlecht, Alterchen, wir werden jeden Mann gebrauchen. — Gewehr umhängen! — Aber Mary könnte dich begleiten, sie weiß den Weg.“

— Ohne Tritts marsch! — Sage, bitte, gleich Suckow Befehl, was ich unternommen habe, und er soll mir nach Baldingraff weitere Befehle zulernen lassen, ich schaffe einen Befehlsemänner, sowie ich dort aufgeräumt habe.“

„Mary soll mich begleiten? Und wer bleibt so lange bei ihren Patienten?“ fragte der Alte verwundert.

Grothe machte ein spöttisches Gesicht. „Ich bin augenblicklich ihr einziger Patient,“ lachte er und strengte den Finger an die Mütze legend — seinen Leuten in großen Säcken hinterdrein.

„Na, dann zieh dir mal wenigstens deinen Mantel über,“ sagte Ruders und zündete sich währenddessen ein neues Pfeilchen an.

„Da hinten, wo die Pappeln stehen, ist schon die Lippe, aber wir müssen bei Tage einen Umweg machen, weil die Rosas die Chausseen manchmal mit Schrapnells bestreuen,“ erklärte Mary, als man fünfhundert Meter hinter dem Dorf von der Straße abhob. Durch Kieselschalen hindurch führte ein schmales im Jochlauf um die Bäume herum fließendes Gewässer. Während sie dahinschlitten, erzählte sie von dem Leben hier, von dem Blüder, der bei einem benachbarten Abschnitt als Krankenträger Dienst hat, fragte nach der Mutter, nach Ludwig und allem möglichen in Suckow.

„Da ist nicht viel zu erzählen, denen geht es, wie es jetzt eben gehen kann.“ schnitt der Vater verdrießlich das Gespräch ab. „Aber nun erzähle mal auch von dir. Was hast du mit Grothe vor?“

Das junge Mädchen blickte in dem abgestorbenen Heidekraut zu ihren Füßen, als suchte sie da eine Antwort. Ihr Schweigen sagte dem Vater genug.

Eine Weile schritten sie wortlos Seite an Seite dahin, dann begann der Alte wieder: „Du bist jetzt einundzwanzig, ich glaube, ich konnte dir vertrauen, als ich dich mitziehen ließ. — Ich hätte es doch nicht tun sollen!“

„Dann sperre mich doch gleich ein. Soll ich denn mein Leben lang wie ein kleines Kind behandelt werden?“ begehrte Mary auf.



Beginn des großen Verkaufs:

Abteilung für Photo-Artikel
im Erdgeschoss. Padumännische Beratung u. Bedienung

Freitag

Alles, was Ihr Bub oder Mädel an Bekleidung und Ausrüstung braucht, finden Sie während unserer Kinder-Tage in riesiger Auswahl erstaunlich billig.

Schuhe

Braune Kind.-Schnürstiefel	290
aus Baumwolle, Form, Größe 18/22.	
Feinfarbig. Spangenschuhe	375
beige, bequeme Form, Absatzfiedl, Größe 18/22.	
Modefarb. Spangenschuhe	395
bequeme Form, Größe 26/26 4/25, Größe 23/24.	
Feinfarbig. Spangenschuhe	290
mit Stiefel mit Besatz, grau, beige, blau.	
Beige Spangenschuhe	590
bequeme Form, Größe 31/35 6/96, Größe 27/30.	
Braune u. Lack - Spangenschuhe	790
bequeme Form mit Ziersteppen, Größe 31/35 6/96, Größe 27/30.	
Segeltuch - Turnschuhe	175
grau, mit starker Chromledersohle, naturgemäße Form, Größe 31/35 2/40, Größe 25/26 2/30, Größe 22/24.	
Leder-Niedertreter	265
in braun, rot und lila, mit blauem Leiberschleife, mit Pompon, Größe 31/35 3/36, 24/25 3/96, 21/24.	

Wäsche

Mädchen-Taghemd	70,-
Hanfhemd mit Stickerei ... Größe 40	
... oder weitere Größe 15-4 mehr	
Mädchen-Nachthemd	195
in Wäschesstoff mit Stickerei und Blümchenkragen ... Größe 40	
... oder weitere Größe 15-4 mehr	
Mädchen-Prinzessröckchen	125
oben und unten mit Stickerei ... Größe 40	
... oder weitere Größe 15-4 mehr	
Mädchen-Nachthemd	95,-
in hellen Farben, Größe 40	
... oder weitere Größe 15-4 mehr	
Kinder-Schlafanzug	295
in hellen Farben, in verschiedenen Ausführungen ... Größe 40	
... oder weitere Größe 15-4 mehr	
Knaben-Taghemd	85,-
im solidem Hanfentwurf, offen und geschlossen zu tragen, Größe 40	
... oder weitere Größe 15-4 mehr	
Knaben-Nachthemd	185
in Wäschesstoff, mit bunten Bändern besetzt ... Größe 40	
... oder weitere Größe 15-4 mehr	
Mädchen-Schürze	95,-
in gestreiftem Stoff, Kälbchen passiert ... Größe 40	
... oder weitere Größe 15-4 mehr	
Mädchen-Schürze	145
Indianerinnenhäubchen-Ausführung Größe 40	
... oder weitere Größe 15-4 mehr	
Mädchen-Schürze	95,-
weißes Tüllstiel, hübsche Ausführung, Größe 40	
... oder weitere Größe 15-4 mehr	
Posten Kinder-Schlüpfer	75,-
aus einem Anzugstoff, Größe 35	
Posten Spielanzüge u. Kleidchen	95,-
... oder weitere Größe 34/35, 36/37	

Bekleidung.

Baby-Dirndlkleid	290
mit Tasse, mit gemustertem Rock, aus praktischem Wachsstoff, Steigerung 50-4 mehr, für 3-4 Jahre	
Baby-Waschmusselinkleid	375
in neuesten mittelarabischen Dessins, Stiel erzeugt 50-4 mehr, für 3 Jahre	
Baby-Trikolinekleid	1125
reizende Kollerform mit absteckendem gesticktem Garnstück, 3/4 Taschen, Steigerung 75-5 mehr, für 4 Jahre	
Baby - Wollmüsselinkleid	1275
mit langen Ärmeln, in entzückenden Dessins, mit zweifarbigem Stoffblenden garniert, Steigerung 125 mehr, für 3 Jahre	
Mädchen-Kleid	275
aus praktischem Zephir, absteckend garniert in grün oder lila, Steigerung 25-4 mehr, für 3 Jahre	
Mädchen-Kleid	950
aus schottischem Wachsstoff, spitzes Quastenblumenform, Ladigurtel, Steigerung 75-5 mehr, für 4 Jahre	
Mädchen-Kleid	1000
aus Vollvolle, in hellgrünen Dessins, mit duftiger Garnitur, Steigerung 75-5 mehr, für 4 Jahre	
Mädchen-Kleid	1725
aus Trikoline, elegante Schnörkelei in bast oder hell, heller Kragen mit Seidenstoffs, Steigerung 75-5 mehr, für 4 Jahre	
Kinder-Mantel	875
aus hellgemustertem Leinen, Kammgarnstoff, Rundgurtel offen und geschlossen z. Trag., Steigerung 75-5 mehr, für 3 Jahre	
Kinder-Trenchcoat	1600
aus glanzreichem Hoper, leichte Form mit Leberknöpfen, Steigerung 75-4 mehr, für 5 Jahre	
Łodenmantel	1050
weiterläufige Qualität, sportgerade Form, Steigerung 75-4 mehr, für 5 Jahre	
Ein Posten Kinder-Schirme	95,-
mit Rundhaken, gute Qualität	
Schirme für Schulkinder	195
Kratzhandschirme mit Baumwollfutter, schöne Griffe, Kratzhandschirme mit Knopf- oder Rundhaken, Stielk	
Kinder-Stöcke	75,-
farbiges Rohr, Teste Eiche oder mit Galateus-Griff	
Kinder-Sporthemden	150
große Auswahl, Zephir und Panama, beginnend bei Größe 30	
Linontücher	48,-
mit farbiger Kante, Duttend. 72,-	

Unsere Fensterfront in der Wallstraße

zeigt Ihnen in entzückender Dekoration „Alles für das Kind“

Besichtigen Sie auch bitte das Fenster „Die Dresdner Vogelwiese“ in der Schießstraße!

Strickbekleidung

Praktische Pullover	mit rundem Kragen, Baumwolle in dezenten und lebhaften Farben, Steigerung 50-4 mehr, für 3-4 Jahre	250
Reizender ärmelloser Pullover	mit spitzen Ausschnitt und Gürtel, weiß mit bunter Strickgarnstruktur	300
Jungmädchen-Trenchcoat	58,-	58,-
Jungmädchen-Westenkleid	2675	2675
Spielhöschen	aus Inbambusstoff in vielen zarten und praktischen Farben, Steigerung 50-4 mehr, für 3-4 Jahre	210
Einköpfanzug	aus Trikoline mit hellen Paspellierung in lila, beige, grün, Steigerung 40-4 mehr, für 2 Jahre	330
Kittelanzug	aus praktischem Washdrap in blau oder grün mit absteckender Paspellierung, Steigerung 40-5 mehr, für 1 Jahr	450
Kieler Anzug	aus lagegestreiftem Dreil, weiß, beste Verarbeitung, Steigerung 50-4 mehr, für 3 Jahre	810
Kieler Pyjama	aus praktischem Kieler Webstoff, ganz gefüttert, mit Armstiderart, Steigerung 50-4 mehr, für 2 Jahre	975
Knaben-Lodenmantel	mit Kapuze, prima bayrischer Löden, in oliv oder grau, Steigerung 75-4 mehr, für 5 Jahre	1700
Jadenanzug	aus praktischer Herrenstoff, mit bast arabischer Ripsweste und Kragen, Steigerung 125-	2525

Kopfbedeckungen

Kleidsamer Aufschlaghut	mit Bandgarnstruktur	295
Feste Glöckchen	aus Phantasiestrick	390
Matrosen-Glöckchen	mit Bandeinlassung	425
Matrosen-Strohhut	in allen Größen	525
Leichte Knab.-Sportmütze		165
Matrosen-Mützen		195

Spielwaren

Uhrwerk-Boote	70,-	
Segelboote	aus Holz in reicher Auswahl von 10-15 cm	10,-
Ball-Tamburins	gute Ausführung ... 50,- 25,- 5,- und besserer ... 30,-	15,-
Kinderballschläger	extra Ausführung ... 130,- 82,-	195,-
Reifen	roh ... von 80-4 cm, bunt von 50-4 cm, Schaufeln,	
Spann-Rädchen	125,- 75,- 50,- besonders gut ... 22,- 12,- 5,-	
Sandform	1. Karten 51g. 25,- 2. 9 flg. 50,- Sandziebe ...	60,-
Elmer	von 25-4 cm ... von 50,-	
Gießkannen	1. 25,- 2. 50,-	
Trittkoffer	Maria Naether u. Stoff, in allen Preislagen	
Selbstfahrer und Bubi-Bäder	in allen Größen u. Preislagen	

HERMANN TIETZ

Das Warenhaus am Postplatz